



medico international

rundschreiben

01 | 11

www.medico.de



Inhalt

Editorial.....	2
Kommentar.....	4
Hardt/Negri: Wegbereiter.....	6
Ägypten.....	8
Libanon.....	11
Israel.....	14
Palästina.....	16
Bickel: Deutsche Klischees.....	18
Projekte – Projektionen.....	20
Karawane Bamako – Dakar....	22
People's Health Movement.....	27
Sri Lanka.....	29
Chile.....	32
medico aktiv.....	38
medico Materialliste.....	40
Service/Impressum.....	42

Titelbild: Kairo aus der Luft: Niemand weiß, wie viele Millionen Einwohner hier leben. In solchen Ballungszentren haben die alten Methoden der urbanistischen Planung keine Relevanz mehr angesichts der sozialen und ökologischen Herausforderungen. Foto: Reuters

Rückseite: Übersetzung aus der klimaaktivistischen Mobilisierungsschrift „Dealing with distractions“, erschienen im Vorfeld des Weltklimagipfels von Kopenhagen (2009).

Liebe Leserinnen
und Leser,

der japanische Literaturnobelpreisträger Kenzaburo Oe hat 1990 auf gewisse Weise das Drama, das die Menschen in Japan und die Bewohner der Welt als entsetzte Augenzeugen mit der Atomkatastrophe in Fukushima derzeit erleben, vorweggenommen und zu Ende gedacht. In seinem Buch „Therapiestation. Roman aus der nahen Zukunft“ beschreibt er die Erde als einen völlig verbrauchten, aller Ressourcen beraubten und atomar verseuchten Planeten, dessen letzte materielle und geistige Kräfte noch dafür aufgewandt werden, eine „Welt-Elite“ zu selektieren und auf einer „Neuen Erde“ anzusiedeln. Zurück bleiben die „Versager“, denen die Elite nach ihrem „GROSSEN AUFBRUCH“ keine Überlebenschancen gibt. Nun, es kommt anders. Die Mission scheitert, die Elite kehrt mit denselben Flucht-Nach-Vorn-Parolen zurück und stößt auf eine Erde, in der die Versager mit dezentralisierter Produktion überlebt und sich reorganisiert haben. Oe legt in seinem Roman die Kommunikationsmuster, die Sprache und die daraus entstehenden unerschütterlichen Denkstrukturen einer ungebrochen auf Wachstum und Technologiefortschritt setzenden Gesellschaft atemberaubend offen. Man begreift es jetzt, denn Oes „nahe Zukunft“ ist eingetroffen.

Die Ereignisse in Japan, so der Autor und Filmemacher Alexander Kluge, seien der „Tunneleingang zum Studium aller Fragen, die uns bewegen“. In diesem Rundschreiben fällt kein Wort mehr zur



Fujiyama in Rot: Im Episodenfilm „Träume“ (1990) von Akira Kurosawa hat nach einer Reaktorkatastrophe der nukleare Tod Farbe angenommen.

Situation in Japan. Doch sind die Themen, die in diesem Heft aufgegriffen werden, auf geradezu schlagende Weise mit dem Wachstumsfetischismus und dem daraus erwachsenen atomaren GAU verknüpft. Der rücksichtslose Energiehunger unserer westlichen Gesellschaften, nun als Modell globalisiert, steht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Schicksal der Migranten, die fliehen müssen, aber hier nicht bleiben dürfen. Die vorbehaltlose Unterstützung der Diktatoren von Mubarak in Ägypten bis Gaddafi in Libyen, der Krieg und das Scheitern in Afghanistan und die damit verbundene menschliche Katastrophe für die afghanische Bevölkerung – sind das doch ebenfalls Symbole eine Politik, die nichts als das Eigeninteresse zur Sicherung des Wachstums-Status-quo im Sinn hat. Vielleicht noch schlimmer: Sie sind Symbole der Unbelehrbarkeit.

Das Ende der Welt, wie wir sie kannten (Leggewie/Welzer), ist angebrochen. Das könnte auch eine gute Nachricht sein. Das zumindest verheißen die Aufstände in Ägypten, Tunesien, in Libyen

und in den anderen arabischen Ländern. Hier bricht eine Jugend auf, die sich Welterfahrung zunutze macht. Das ganze Gegenstück zur arroganten Unbelehrbarkeit, deren Stahlbeton jetzt allerdings Risse aufweist.

Warum sollte ein Aufbruch nicht auch bei uns denkbar sein? Vor wenigen Jahren wurde in meinem Bundesland Hessen eine Regierung gewählt, die die Energie- wende in konkrete Politik umsetzen wollte. Ihr Scheitern, so heißt es, sei damals im Hintergrund wesentlich von den großen Energiekonzernen betrieben worden. Es ist wohl nötig, sich das Projekt, das maßgeblich von dem mittlerweile leider verstorbenen Herrmann Scheer entwickelt wurde, wieder genauer anzusehen. Zugleich gilt es von dem Mut der Aufständischen auf dem Tahrir-Platz in Kairo zu lernen. Stephan Hessels Buchlein ist auch bei uns ein Bestseller. Es heißt: „Empört Euch!“

Herzlichst Ihre
Katja Maurer

Nordafrikanische Lektionen

Von Thomas Gebauer

Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Noch steht nicht fest, ob den Aufstandsbebewegungen in der arabischen Welt das gelingt, was sie sich zum Ziel gesetzt haben: demokratische Teilhabe und wirtschaftliche Zukunftschancen. Für die umfassende Verwirklichung von politischen und sozialen Rechten sind tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen notwendig, die weit über den Sturz despotischer Regime hinausreichen. Das wissen die Protestierenden nur zu gut. Mit englischsprachigen Transparenten haben sie sich auch an die Weltöffentlichkeit gewandt, wohl wissend, dass über den Ausgang ihrer Kämpfe auch in Washington und den europäischen Hauptstädten entschieden wird. Nicht zuletzt Europa wird in den kommenden Auseinandersetzungen eine bedeutende Rolle spielen. Die Heuchelei aber, die europäische Politiker nun an den Tag legen, lässt wenig Gutes erwarten.

Zwar überbieten sich unterdessen selbst hiesige Regierungsvertreter mit überschwänglichen Solidaritätsadressen, doch kann dies nicht vergessen machen, dass Europa in den zurückliegenden Jahrzehnten einiges unternommen hat, um eben die demokratische und soziale Entwicklung der Länder am südlichen Mittelmeer zu hintertreiben. Selbst ein offenkundig vom Wahn geplagter Diktator, wie Gaddafi, galt der europäischen Politik jahrelang als willkommener Geschäftspartner, zu dem nicht nur Berlusconi enge Kontakte pflegte. In der offiziellen Empörung über Gaddafis Krieg gegen die libysche Oppositionsbewegung, so richtig sie ist, steckt auch eine gehörige Portion Verlogenheit. Und die hat eine lange Geschichte:

Mit großem Pomp begann 1995 der sogenannte „Barcelona-Prozess“, dessen erklärtes Ziel die Schaffung einer „euro-mediterranen Partnerschaft“ war, die rund ums Mittelmeer Frieden, Wohlstand und Menschenrechte bringen sollte. Die Erklärung, die damals von den Staats- und Regierungschefs der Mittelmeeranrainer unterzeichnet wurde, strotzte vor wohlklingenden Ankündigungen und trug doch schon den Keim des Scheiterns ins sich. Ohne an die Verwirklichung der Menschenrechte auch nur zu denken, verpflichteten sich die südlichen Mittelmeeranrainer zu eben mehr Menschenrechten und Demokratie. Die europäische Seite störte sich an solchen Lippenbekenntnissen wenig. Wichtiger war ihr die Schaffung einer Freihandelszone, deren Voraussetzung bekanntlich nicht ein Ende der Folter und die Garantie der Pressefreiheit sind, sondern die Rechtssicherheit für einen ungehinderten Kapital- und Warentransfer.

Um den Transfer von Menschen ging es dann aber auch. Genauer: um den Aufbau einer effektiven Migrationskontrolle. Mit finanzieller Unterstützung aus Europa sollten die südlichen Mittelmeerländer fortan für eine vorgelagerte Flüchtlingsabwehr sorgen und darüber hinaus die eigenen, nach Europa emigrierten Staatsbürger, für die es in Europa keine Verwendung mehr geben sollte, zurücknehmen. Als Gegenleistung

garantierte Europa, künftig diejenigen, die es als Arbeitskräfte weiterhin brauchte, auch anständig zu behandeln. Großzügig verpflichtete sich Europa dazu, seine Verpflichtungen einzuhalten. Selten wurde eine so ungleiche Erklärung unterzeichnet: sie war von Anfang an nicht das Papier wert, auf dem sie stand. Was Wunder dass aus der Idee eines Wandels durch Handel nichts wurde. Im Gegenteil: Als Garanten für politische und ökonomische Stabilität sahen sich die autoritären Regime entlang des südlichen Mittelmeers sogar noch bestätigt. Die Klagen, die Menschenrechtler an den Verhältnissen in

Nordafrika in all den Jahren führten, blieben ohne Konsequenz. Opportunitätserwägungen dominierten die zwischenstaatlichen Beziehungen, das Streben nach Stabilität als quasi unerschütterbares Dogma. Nicht „good governance“ stand auf dem Programm, sondern jenes Schurkenstück, das mit dem Label „alternativlos“ gegenwärtig erneut in Afghanistan gegeben wird. Auch dort stützt der Westen verbrecherische Machthaber: „good enough governance“ im Interesse der Sicherung

Den Aufstandsbewegungen in Arabien geht es um die Durchsetzung eines unabhängigen Bürgerwillens und die Förderung des Gemeinwohls.

eines prekären Status quo. Die Umwälzungen in Tunesien, Ägypten und Libyen aber zeigen, wie schnell sich Politiker in der Lage des Kaisers mit seinen neuen Kleidern wiederfinden können, wenn sie sich in der Sache der Menschenrechte nur mit Worthülsen umgeben.

Den Aufstandsbewegungen in Arabien geht es um die Durchsetzung eines unabhängigen Bürgerwillens und die Förderung des Gemeinwohls. Damit unterscheiden sie sich etwa von der US-amerikanischen „Tea Party Bewegung“. Nicht die neoliberale Abschaffung des Staates haben sich die Leute auf dem Kairoer Tahrir-Platz auf die Fahnen geschrieben, sondern die Schaffung einer anderen, einer resozialisierten Staatlichkeit. In vorderster Front standen auch die Kollegen jener ägyptischen NGOs, die sich seit langem schon gegen die vom Mubarak-Clan zum Wohle ausländischer Investoren vorangetriebene Privatisierung des öffentlichen Gesundheitswesens engagiert haben.

In Tunesien sind die Proteste von gut ausgebildeten jungen Leuten ausgegangen. Leidvoll hatten sie erfahren müssen, wie trügerisch das ihnen gegebene Versprechen war, Bildung und persönliche Qualifizierung könnten – wenn schon nicht allen, so doch Einzelnen – aus der Misere heraushelfen. Aber selbst Diplome und vielfältige Sprachkenntnisse erwiesen sich als nicht ausreichend, um in Tunesien selbst Arbeit zu finden. Als die Grenzregime zusammengebrochen waren, haben sich viele auf den Weg nach Europa gemacht. Aber statt darin ein Drängen auf Zukunftschancen zu sehen, reagierte Europa mit Unverständnis und militärischer Grenzsicherung. Er könne nicht verstehen, warum Leute, die „gerade das Geschenk der Freiheit“ bekommen haben, ihr Land verlassen, schimpfte Thomas de Maizière (noch in seiner Funktion als Bundesinnenminister). Immerhin war er so ehrlich, gar nicht erst von „blühenden Landschaften“ zu sprechen. ■

Neue Wegbereiter der Demokratie

Die Aufstände in den Ländern südlich des Mittelmeers brauen und inspirieren Freiheitsbewegungen wie ehemals die Lateinamerika

von Michael Hardt und Antonio Negri

Eine Herausforderung sind die Aufstände, die sich über die Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens ausbreiten: eine Herausforderung, in ihnen nicht die x-te Wiederholung eines Vergangenen wiederzuerkennen, sondern sie als schöpferische, über die Region hinausreichende Experimente zu verstehen, die neue Möglichkeiten der Freiheit und Demokratie eröffnen. Wir verbinden mit ihnen die Hoffnung, dass die arabische Welt im neuen Jahrzehnt die Rolle einnimmt, die Lateinamerika im vergangenen spielte – als ein Labor politischen Experimentierens, in dem von Argentinien bis Venezuela, von Brasilien bis Bolivien soziale Bewegungen und fortschrittliche Regierungen aufeinandertrafen. Die gegenwärtigen Revolten wirken als ideologischer Frühjahrsputz und fegen die rassistische Vorstellung vom „Kampf der Kulturen“ weg. In Tunis, Kairo und Bengasi brachen die Multituden mit den politischen Klischees, wonach für die arabischen Länder nur die Wahl zwischen säkularen Diktaturen und fanatischen Theokratien bliebe oder die muslimische Welt zu Freiheit und Demokratie irgendwie nicht instande wäre.



Die arabischen Revolten haben sich an der Frage der Erwerbslosigkeit entzündet, und eine zentrale Rolle hat eine gut ausgebildete Jugend voller enttäuschter Hoffnungen eingenommen – Menschen also, die mit den protestierenden Studierenden in London oder Rom viel gemeinsam haben. Obschon das Ende der Tyrannei als Hauptforderung im Mittelpunkt steht, werden Ansprüche rund um Arbeit und Leben deutlich, nicht nur Abhängigkeit und Armut zu beenden, sondern einer intelligenten und urteilsfähigen Gesellschaft Macht und Autonomie zu erringen. Dass Zine Abidine Ben Ali, Husni Mubarak oder Muammar Gaddafi die Macht verlieren, ist nur der erste Schritt. Die Aufstände erinnern an Revolten, wie wir sie über ein Jahrzehnt lang in Seattle

e chen keine Führungsfiguren amerikanischen

oder Buenos Aires, in Genua oder im bolivianischen Cochabamba beobachten konnten, getragen von horizontalen Netzwerken ohne einheitliche, zentrale Führung. Traditionelle Oppositionelle und ihre Organisationen können Teil sein, geben aber nicht die Richtung vor. Die Multitude ist in der Lage, sich ohne Zentrum oder Zentrale zu organisieren, und die Verbreitung sozialer Netzwerke wie Facebook, YouTube oder Twitter ist Symbol dieser Organisationsstruktur, aber nicht Grundlage. Trotz der Ablehnung zentralisierter Führung müssen die Bewegungen ihre Forderungen konsolidieren. Dies geschieht in einem konstituierenden Prozess neuer Art, der die aktivsten Teile der Rebellion mit den Bedürfnissen der ganzen Bevölkerung verbindet. Die Aufstände der arabischen Jugend zielen nicht auf eine liberale Verfassung traditionellen Sinns, sondern auf eine Demokratie, die den Ausdrucksformen der Multitude entspricht. Dazu gehört die verfassungsmäßige Garantie der Meinungsfreiheit – nicht in der Form der herrschenden Medien, sondern als Freiheit des Ausdrucks gemeinsamer Erfahrungen.

Und wenn wir davon ausgehen, dass die Aufstände sich nicht allein an Erwerbslosigkeit und Armut entzündeten, sondern insbesondere unter jüngeren Leuten an einem allgemeinen Gefühl der Enttäu-

schung angesichts ungenutzter produktiver und expressiver Potenziale, so wird eine radikale Antwort auf der Ebene der Verfassung es notwendigerweise zu einem gemeinsamen Projekt machen, über die natürlichen Ressourcen zu verfügen und die gesellschaftliche Produktion zu organisieren. Damit wird eine Barriere errichtet, die für den Neoliberalismus unüberwindbar ist und den Kapitalismus ebenso in Frage stellt wie die islamische Herrschaft. Die Aufstände betreffen somit nicht nur die Kräfteverhältnisse in Nordafrika und im Nahen Osten, sondern die globalen ökonomischen Herrschafts- und Steuerungssysteme.

Von daher rührt unsere Hoffnung, der Zyklus von Kämpfen in der arabischen Welt könne, Lateinamerika vergleichbar, über die Region hinaus politische Bewegungen inspirieren und die Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie nähren. Gewiss, jede Revolte kann scheitern: Tyrannen schlagen sie womöglich durch blutige Repression nieder, Militärregierungen klammern sich an die Macht, traditionelle Oppositionsgruppen werden versuchen, die Bewegungen zu dominieren und religiöse Autoritäten danach trachten, die Kontrolle an sich zu reißen. Doch sterben damit nicht die politischen Forderungen und Wünsche, die jetzt befreit wurden, der Anspruch einer intelligenten jungen Generation auf ein anderes Leben, in dem sie ihre Fähigkeiten einsetzen kann. Solange diese Forderungen und Wünsche weiterleben, wird auch der Zyklus der Kämpfe andauern. Die Frage bleibt, was das schöpferische Experimentieren in Sachen Freiheit und Demokratie die Welt in den kommenden Jahren lehren wird. ■

Übersetzung von Thomas Atzert

Die Vergessenen sind erwacht

Ein Reisebericht aus Kairo von Tsafrir Cohen
und Andreas Wulf

Es geht laut zu im Cafe Hurriya. Vorbei die Zeiten, als hier Künstler, politische Aktivisten und Flaneure vorsichtig um sich schauten, bevor sie sich zum politischen Gespräch trafen. Kein Tisch ist frei, alle reden bei Kaffee oder einem Bier durcheinander, begrüßen die ständig eintretenden Neuankömmlinge, die aus dem Kairoer Gewusel in das grelle Neonlicht reinplatzen, und schreien zwischendurch in ihre Mobiltelefone. Noch immer liegt die Aufstandseuphorie des 25. Januars in der Luft und die Menschen merken erst jetzt, wie sehr Hoffungslosigkeit und Apathie die Zeit davor und alle Lebensbereiche geprägt hatten. Hier treffen wir Reda Shukry, eine resolute linke Aktivistin alter Schule. Sie leitet die Nichtregierungsorganisation Al Shehab, die seit Jahren in einem der größten Elendsviertel von Kairo kommunale Gesundheitsarbeit aufbaut: In Ezbet Al Haggana.

Dorthin brechen wir auf, denn die ägyptische Revolution des 25. Januar 2011 war nicht nur eine Rebellion einer internetaffinen Jugend, sondern auch der Bewohner von Ezbet Al Haggana, der Ärmsten der Armen. An der Ausfahrtsstrasse nach Suez gelegen, eingezwängt zwischen riesigen Militärkomplexen und wohlgeordneten Ober- und Mittelklasse-siedlungen, wächst dieses städtische Elendsviertel seit Jahrzehnten ohne kommunale Planung oder städtische Verantwortung. Gleich am Eingang zu Haggana

verjüngt sich die Straße derart, dass aus beiden Richtungen kommende Autos sich stets gegenseitig blockieren. Im Inneren des Viertels sind die staubigen und ungepflasterten Wege für Fahrzeuge völlig unpassierbar. Während manche Gebäude noch einstöckige Baracken sind, wurden andere im Lauf der Jahre zu achtstöckigen Häusern hochgezogen, in denen sich einzelne Etagen noch im Rohbau befinden. Niemand kennt die genaue Anzahl der Menschen, die in diesen halbfertigen, käfigähnlichen und aus rotbraunen Ziegeln gemauerten Behausungen leben. Schätzungen schwanken zwischen 60.000 und bis zu einer Million.

Der Ort der Namenlosen

Vier Demonstranten aus Ezbet Al Haggana starben während des Aufstands gegen Mubarak, Dutzende wurden verletzt. Trotzdem, die Euphorie ist auch hier noch nicht verflogen, die Erwartungen sind groß: Alles soll sich ändern. Jetzt. Sofort.

Aber der Alltag holt die Bewohner des Viertels wieder ein. Den durch Hartgummischrot an den Augen Verletzten fehlt das Geld für postoperative Behandlungen, Verwandte von Toten kommen nicht an die versprochene staatliche Kompensation, da nur die wenigsten in den inoffiziellen Siedlungen behördlich registriert waren. Und wer formal nicht existiert, der hat auch keinen Anspruch auf



Entschädigung. Denn für den Staat existiert Ezbet Al Haggana eigentlich nicht. Zehntausende Kinder und Jugendliche leben hier, aber es gibt nur ganze zwei Schulen, in denen bis zu 80 Schüler in einer Klasse sitzen. Eine einzige staatliche Tagesklinik soll die gesamte Bevölkerung betreuen, aber der Arzt verdient so wenig, dass er nur zwei Stunden in seiner Praxis ist und ansonsten lukrativere Privatpatienten versorgt. Kaum ein Haus ist an das Wassernetz angeschlossen und im Sommer ist der Wasserdruck derart gering, dass alle das vielfach teurere Tankwasser kaufen müssen. Polizei, Post, Nothilfe, Feuerwehr – Fehlanzeige.

Selbstermächtigung statt Vormundschaft

Nachdem der alte Raïs Mubarak verjagt wurde, wartet niemand auf den neuen Pharao. Die Bewohner nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand. Dabei spielt unsere Begleiterin Reda Shukry und ihre

Organisation Al Shehab eine große Rolle. Von linken Aktivisten und Studenten gegründet, mobilisiert diese lokale Organisation für einen kommunalen Kampf, der die Verwirklichung grundlegender Rechte zum Ziel hat. Reda Shukry stammt aus dem nahe gelegenen Nasser City, einem Stadtteil für die (untere) Mittelschicht. Die Aktivisten beobachteten vor zehn Jahren das Entstehen des Elendsviertels und begannen hier zu arbeiten. Es dauerte lange, das Vertrauen der lokalen Gemeinde zu gewinnen. Heute gehört Reda Shukry zu denjenigen, die gerufen werden, wenn die bestehenden Konflikte zwischen Muslimen und Christen, die nach der Revolution durch noch aktive Mubarak-Agenten geschürt werden, ins religiös und ethnisch vielfältige Ezbet Al Haggana überschwappen. Vertrauen gewinnen ist für Al Shehab von zentraler Bedeutung, gerade weil die Organisation nicht karitativ helfen, sondern sozial mobilisieren möchte. Die ansässige Bevölkerung – Christen wie Muslime aus dem bitterar-

men ländlichen Oberägypten, Flüchtlinge aus Sudan, Somalia, Palästina oder dem subsaharischen Afrika – muss sich über die althergebrachten familiären oder religiösen Solidargemeinschaften zusammenfinden, wenn Ezbet Al Haggana eine entwicklungsfähige Zukunft haben soll.

Al Shehab versteht sich hier als Katalysator. Etwa im Müllsektor. Obwohl die Müllabfuhr mit der Stromrechnung bezahlt wird, bleibt in Ezbet Al Haggana der Müll liegen und wird stattdessen von den Bewohnern verbrannt. Al Shehab propagiert angesichts dieser gesundheitsgefährdenden Misere einen Streik: Keiner soll die Stromrechnungen bezahlen, solange die Müllabfuhr nicht kommt. Gleiches gilt für die Wasserversorgung. Al Shehab konnte mehrere Hundert Familien an das Trinkwassernetz anschließen, indem vor Gericht das Recht auf Wasser und sanitäre Einrichtungen eingeklagt und dadurch auch das Hygiene- und Umweltbewusstsein im Viertel gestärkt wurde.

Künftige Kämpfe um Hegemonie

Allerdings: Aus sich selbst heraus können die Bewohner von Ezbet Al Haggana ihre Probleme nicht lösen. Dafür bedarf es grundlegenderer Veränderungen des gesamten politischen Systems. Die eklatante Diskrepanz zwischen Arm und Reich ist in Ägypten sprichwörtlich und vergrößerte sich durch die wirtschaftliche Privatisierung seit der Ära Sadat, ab Mitte der 1970er Jahre in rasender Geschwindigkeit. Millionen Ägypter leben in auswuchernden inoffiziellen Siedlungen wie Ezbet Al Hag-

gana und ganze Großfamilien leben vom Einkommen weniger Familienmitglieder, die sich als Tagelöhner oder Hausangestellte verdienen. Nur eine kleine Schicht von Neureichen, die in bewachten und staatlicherseits geförderten Luxusbezirken lebt, profitierte von der kleptokratischen Verflechtung zwischen Kapital und Staat, trieb ganze Staatsbetriebe absichtlich in den Ruin, um dann die heruntergewirtschafteten Industrieanlagen mit enormen Profiten weiter veräußern zu können.

Im Ägypten nach Mubarak ringen eine liberale Strömung, ein religiöser Block und eine Vielzahl kleinerer linker Parteien um die politische Hegemonie. Alle sind sich einig, dass die allgegenwärtige Korruption beendet werden muss, und auch die religiösen Muslimbrüder scheinen das Konzept einer repressiven Alleinherrschaft verworfen zu haben. Umstritten ist dagegen die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die Liberalen favorisieren einen modernen Kapitalismus, die Muslimbrüder ziehen ein Konzept der Mildtätigkeit vor, die linken Kräfte fordern stärkeres staatliches Engagement. Doch angesichts des real erlebten korrupten Alltags der ägyptischen Bürokratie scheint es fragwürdig, ob die Mehrheit der Ägypter wieder auf den Staat alleine setzen möchte. Die Selbstorganisation in Ezbet Al Haggana und die Arbeit von Al Shehab könnte dabei ein Vorbild sein. ■

Projektstichwort

In den Februartagen des Tahrir-Platzes, überbrachte medico 10.000 Euro in bar an unsere Kontakte in der ägyptischen Demokratiebewegung. Was als unmittelbare Nothilfe für die Opfer der politischen Gewalt begann, wollen wir jetzt erweitern. Um die konkrete Arbeit im Slum Ezbet Al Haggana zu ermöglichen und für die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit im neuen Kairo. Das Stichwort lautet: **Ägypten**.

Der Traum von Anerkennung

Ein Interview mit Ghasam Makarem, Gründer des medico-Partners Helem, der sich für Rechte von Lesben, Schwulen, Trans- und Bisexuellen einsetzt und Mitbegründer der Klinik für sexuelle Gesundheit „MARSA“ ist.

Wir treffen uns im Café Younes, nahe der Hamra, der alten Einkaufsstraße im westlichen Beirut. Hier sitzen Studenten und linke Aktivisten, es gibt guten Kaffee, dazu einen zweistündigen kostenlosen Zugang zum lokalen W-LAN-Netz. Überall summen die Laptops, man chattet oder verfolgt die Live-Ticker von Al Jazeera und Al-Arabija zu Libyen, Ägypten und Bahrain. Mit seinen 40 Jahren und in seiner braunen Cordjacke wirkt Makarem eher unscheinbar, in seinen präzisen Antworten erkennt man den langjährigen politischen Aktivisten. „Helem“ ist eine Abkürzung für „Libanesische Schutzorganisation für Schwule und Lesben“, bedeutet im lokalen Arabisch aber auch „Traum“ und „Besonnenheit“.

Was fordert Helem?

Wir setzen uns für alle Menschen mit nicht-konformer Sexualität ein. Wir haben 60 aktive Mitglieder, doch ist unser Netzwerk größer. Viele Menschen treten aus politischen oder persönlichen Gründen nicht offen auf. In unserem Gemeindezentrum im Zico House kann man sich ungestört und ohne Anfeindungen treffen. Unser Ziel ist die Abschaffung aller Gesetze, die Schwule, Lesben, Transsexuelle und Intersexuelle diskriminieren.



Aber schwulenfeindliche Gesetze sind nicht alles...

Nein, uns geht es um das allgemeine Recht auf Teilhabe, etwa den freien Zugang zu Gesundheitsversorgung. Dafür arbeiten wir auch mit dem Gesundheitsministerium und dem nationalen Aids-Programm zusammen. Und wir haben Erfolg: Die staatliche Aids-Initiative fordert jetzt mit uns die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze. Zwischen 2001 und 2004 haben wir uns auch im Komitee gegen den Irakkrieg engagiert. Damit waren Homosexuelle erstmals auf Antikriegsdemonstrationen präsent.

Wer engagiert sich bei Helem?

Zu uns kommen vor allem junge Leute im Universitätsalter. Hier in Beirut wohnen sie nicht mehr bei ihren Familien,

beginnen ein eigenes Leben. Unter Druck geraten sie erst auf dem Arbeitsmarkt.

Im Westen denken viele, dass Homophobie zum Islam gehört. Wie reagieren Moscheen und Kirchen auf euch?

Die Behauptung, der Islam sei homophob, ist problematisch, die islamische Geschichte in dieser Hinsicht sehr komplex. Gehen wir vom religiösen Wertekanon aus, wird die Homosexualität offiziell nur von den Kirchen verfolgt, besonders von der maronitischen. Die schiitische Moschee mag auch homophob sein, doch kodifiziert ist es nicht. Dabei wird auf uns eine schwule Identität projiziert, die in erster Linie im Westen geformt wurde. Schwulenhass ist auch keine reine Klassenfrage. In Beirut sind die besser gestellte Arbeiterklasse und die Mittelschichten weitaus toleranter als die Bewohner der armen Viertel oder der reichen aristokratischen Gegenden. Homophobie hängt eher damit zusammen, ob man Teil des städtischen Lebens ist.

Was meinen Sie damit?

Uns wird nicht nur ein europäischer Lebensstil, sondern auch eine zunehmende Kommerzialisierung von Sex zum Vorbild erklärt. Die Konsumorientierung der Bewegung in Europa ist auch bei uns angekommen. Besonders in Beirut öffnen immer mehr schwulenfreundliche Nachtclubs und Bars. Die Arbeit von Helem macht das nicht einfacher. Meine homosexuelle Identität bedeutet für mich nicht, ein Gay-Magazin zu kaufen, Homosexualität ist keine Frage des Konsums. Die neuen Pubs und Bars bedeuten allenfalls eine Freiheit für jene, die sie sich leisten können, uns geht es um gleiche Rechte in allen Bereichen.

Glauben Sie, dass der arabische Frühling die Rechte von sexuellen Minderheiten stärken wird?

Ich bin da sehr optimistisch. Man darf nicht vergessen, dass die Gesetze gegen Homosexualität in den arabischen Ländern noch aus der französischen und britischen Kolonialzeit stammen. Jetzt gibt es eine große Chance auf Veränderung. In Ägypten waren Schwule und Lesben Teil der Revolution, und die Presse hat darüber berichtet. Natürlich sind die Muslimbruderschaft und andere religiöse Organisationen stark, aber sie sind nur ein Teil eines neuen politisch-sozialen Gewebes mit starken demokratischen und säkularen Strömungen, die nicht einfach zu brechen sind. Das gilt auch für Tunesien. Es geht aber nicht nur um Bürgerrechte, sondern auch, und das wird oft vergessen, um ökonomische, soziale und politische Forderungen. Im Fall der Schwulen und Lesben meint das den freien Zugang zum Gesundheitswesen, zu Bildung, aber auch das Recht auf eine Wohnung. Schwule Männer werden oft aus Apartments geworfen und wenn sie keine Großfamilie haben oder die ganze Familie sie ablehnt, enden sie auf der Straße.

Wird sich das auch im Libanon niederschlagen?

Ägypten hat uns gezeigt, wie es möglich ist, Bewegungen so zu öffnen, dass viele Menschen integriert werden können. Solche Ansätze sehe ich jetzt auch im Libanon. Unser zentraler Punkt ist der Laizismus, der Aufbau einer säkularen Bewegung. Wir stehen hier einem konfessionalisierten System gegenüber, das in der Vergangenheit regelmäßig Bürgerkriege produzierte. ■

Das Interview führte Martin Glasenapp

Sexuelle Gesundheit für Alle!

In Beirut eröffnete ein
medizinisches Zentrum, das
vorurteilslos aufklärt und
hilft

So aufgeschlossen sich die libanesische Hauptstadt Beirut gibt, wenn sie mit ihren Nachbarn an den vergangenen Glanz des „Paris des Ostens“ erinnert, so sehr beharrt sie beim Thema Sex auf den Normen der „anständigen Gesellschaft“. Orthodoxe Christen und Sunniten, Maroniten und Schiiten, Libanesen und Palästinenser schweigen Homosexualität tot und untersagen Frauen den Sex vor sowie außerhalb der Ehe. Werden sie von jungen Leuten und Frauen wegen sexuell übertragbarer Krankheiten konsultiert, brechen Ärzte regelmäßig die Schweigepflicht.

Ein vertrauenswürdiger Anker

Das von der Lesben- und Schwulengorganisation Helem 2009 eröffnete Zentrum für sexuelle Gesundheit MARS.A („Anker“) bietet vertraulich und vorurteilslos medizinische, soziale und psychologische Beratung und Behandlung in allen Fragen der sexuellen Gesundheit an, je nach Zahlungsfähigkeit zu subventionierten Preisen oder kostenlos.



Schwerpunkte bilden HIV-Beratung und die Unterstützung Betroffener im Kampf um ihr Recht auf Behandlung im öffentlichen Gesundheitswesen. Auch wenn MARS.A gegenwärtig überwiegend von schwulen Männern genutzt wird, steht das Zentrum allen Menschen offen – schon deshalb, weil die sexuelle Selbstbestimmung heterosexueller Frauen kaum weniger eingengt wird als die von Lesben, Schwulen oder Transsexuellen.

Mit der Anerkennung als NGO steht auch einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit nichts mehr im Weg: „Wir helfen schamlos in allen Fragen der Sexualität“, heißt es auf Plakaten, die nicht nur in Kneipen und Bars, sondern auch auf den Straßen der Partymeilen und in den Studentenvierteln der Stadt hängen sollen. ■

Projektstichwort

medico fördert die Marsa-Klinik nicht nur mit finanzieller Unterstützung. In Planung ist ein Fachseminar zu den Themen HIV, Hepatitis C und Drogenkonsum mit einem befreundeten Experten aus London. Stichwort: **Libanon.**

Unser Weg nach Kairo

Ein Interview mit Miri Weingarten



Miri Weingarten arbeitet seit Jahren für mehrere israelische Menschenrechtsorganisationen, darunter für den medico-Partner Ärzte für Menschenrechte. Aktuell leitet sie in London JNews, ein neues alternatives jüdisches Medienprojekt.

Wie reagieren Israelis auf die Revolution in Ägypten?

Angst geht um, weil das Bild der Araber vor allem durch die Medien bestimmt wird. Hier sehen wir immer nur die arabischen Führer, ihre Position zu Israel und sogenannte „islamische Bewegungen“, die allesamt als extremistische Handlanger von Terroristen dargestellt werden. Die meisten Israelis sprechen weder Arabisch, noch haben sie – jenseits eines Strandbesuchs auf dem Sinai – jemals ein arabisches Land besucht. Das all-

tägliche Leben und die arabische Kultur ihrer Nachbarn ist ihnen so fremd, dass sie alles – einschließlich der Palästinenser – lediglich als bedrohliche „arabische Masse“ wahrnehmen. Aber die junge Generation ändert sich auch. Es gibt manche Israelis, die sich mit den Aspirationen der Ägypter identifizieren konnten: Auf einmal sah man in den Demonstranten in Kairo sich selbst und einige forderten angesichts der allgegenwärtigen Korruption sogar ein israelisches „Ägypten“. Für die alte israelische Linke ist der ägyptische Aufstand eine Revolution. Nach langen, be-

drückenden Jahren vernehmen sie neue Stimmen, die nicht mehr nur die Phrasen der alten Regime wiederholen, sondern konkrete Veränderung versprechen. Hinzu kommt: Weil die Tunesier und Ägypter ihre Wut gegen die eigenen Regime richteten, könnten sie auch die Palästinenser anspornen, sich ihrer eigenen kleinen Autokraten zu entledigen sowie die Besatzung direkt und ohne Vermittlung selbst anzugreifen.

Will Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten bleiben?

Die israelische Regierung präsentierte sich viele Jahre als „einzige Demokratie im Nahen Osten“ und gewann hierdurch viele Sympathien im Westen. Das war insoweit verlogen, weil sowohl Israel wie auch der Westen zugunsten eigener Sta-

bilität und Ressourcenkontrolle die Demokratie in der Region eher verhindern. Die Regierung fürchtet sich aus mehreren Gründen vor den aktuellen Veränderungen. In den letzten dreißig Jahren basierte die gesamte politische und militärische Strategie Israels auf dem Friedensvertrag mit der regionalen Supermacht Ägypten. Ohne diese Rückendeckung hätte es keine zwei Kriege im Libanon, keine Niederschlagung der palästinensischen Aufstände und keine Blockade von Gaza geben können. Auch ein etwaiger israelischer Angriff auf den Iran wäre mit ägyptischer Unterstützung ungleich leichter. Jetzt könnte sich eine neue Zukunft abzeichnen, in der die ägyptische Armee, die zweitstärkste im Nahen Osten, bewaffnet und trainiert durch die USA, nicht mehr einem mit Israel alliierten Regime dient, sondern nach freien Wahlen den politischen Willen der Bevölkerung respektieren muss. Das ist die große Unbekannte, die natürlich zu Furcht, ja Panik führt.

Ist die Hoffnung der Einen immer die Katastrophe der Anderen?

Die Zukunft Israels kann nur darin liegen seine Abhängigkeit vom Westen, der seinen Einfluss auf die Region langsam verliert, zu beenden und endlich anzuerkennen, dass wir ein Land im Nahen Osten sind. Das gesamte regionale Machtverhältnis muss neu bestimmt, austariert werden. Wenn wir annehmen, dass die gegenwärtigen Prozesse zu mehr Demokratie führen und damit die arabischen Regierungen den Willen ihrer Bevölkerungen stärker berücksichtigen müssen, so erhöht das nicht die Kriegsgefahr, sondern führt eher zu einer neuen Souveränität gegenüber Israel. Beispielweise dürfte eine neue ägyptische Regierung nicht mehr bereit sein, ägypti-

sches Erdgas an Israel für ein Drittel des Weltmarktpreises zu liefern oder die Blockade des Gazastreifens mitzutragen. Wir fortschrittlichen Israelis müssen uns jetzt auf den Weg machen. Wir brauchen den direkten Kontakt zur ägyptischen Zivilgesellschaft, damit wir erfahren können, was der Tahrir-Platz für uns bedeutet. Einfach wird das nicht, denn auch jene Israelis, die ihr Leben lang gegen die Besatzung gekämpft haben und das volle Vertrauen ihrer palästinensischen Kollegen genießen, werden von jungen Ägyptern äußerst misstrauisch beäugt. Dennoch ist es unsere einzige Chance, wenn wir künftig als ein alternativer Partner zum israelischen Besatzungsregime wahrgenommen werden wollen.

Ist ein Tahrir-Platz auch in Israel denkbar?

Momentan sieht es umgekehrt aus. Die Furcht, die ich beschrieben hatte, führt bislang nur zu gesteigerter Aggression und Engstirnigkeit. Dabei müssten alle, die bei Verstand sind, eigentlich merken, dass der begonnene Wandel unumkehrbar sein wird. Israel muss sich aus dem militärischen, politischen und sozialen Isolationismus befreien. Schlussendlich werden es die Palästinenser und die Besatzung selbst sein, die Israel daran hindern werden einfach nur weiterzumachen. Wir müssen uns von der Dichotomie eines „barbarischen Ostens“ und einer „westlichen Zivilisation“ befreien. In einer Konstellation, in der sich Menschen, die Gerechtigkeit wollen, gegen autoritäre Regime stellen, können auch wir unseren Platz auf der „richtigen Seite“ der Geschichte finden. Eine gemeinsame Zukunft kann nur jenseits der aktuellen konfessionellen Stammesidentität und strukturellen Ungleichheit liegen. ■

Das Interview führte Tsafir Cohen

Soziale Netzwerke für die Einheit

Junge Palästinenser fordern ihre Führungen in Gaza und de

Der plötzliche Sturz der bleiernen Zeit in Ägypten hat auch die palästinensische Bevölkerung elektrisiert. Eine Gruppe junger Studenten aus Gaza hatte bereits in einem weltweit verständlichen Slang eine elektronische Flaschenpost in die Welt gesetzt: „Fuck Ha-

Hilfsagenturen für Palästina mit enormen Geldsummen versorgt. In Gaza leben 1,5 Millionen Menschen, 53% von ihnen sind minderjährig. Für diese Jugend ist ein Studium draußen in der Welt ebenso ausgeschlossen wie der Besuch der Westbank oder gar Jerusalems.



mas, fuck Israel, fuck Fatah, fuck UN“, will heißen, wir halten unseren eigenen Status Quo nicht mehr aus: Die andauernde israelische Blockade, die eigene reaktionäre Regierung, dazu eine passive Weltgemeinschaft, die die Ursachen des Konflikts umgeht und stattdessen die UN-

Jüngst bildete sich auf Facebook auch eine weitere Netzgemeinschaft, die aus beiden Teilen der besetzten Gebiete stammt. Auf diesem virtuellen Marktplatz haben sich mittlerweile Zehntausende versammelt, die von den verfeindeten Kontrahenten Fatah und Hamas, die sich in

Zeit

aus der Westbank heraus

ihren eingekesselten Einflusszonen arrangiert haben, das sofortige Ende der innerpalästinensischen Spaltung, die Stärkung der demokratischen Institutionen und eine neue gemeinsame Anstrengung zur Überwindung der Besatzung fordern. Für diese neue Generation Palästinenser, die durch



Checkpoints und Sperranlagen voneinander getrennt aufwachsen, ist das Internet der Ort der Begegnung, so Mahmoud Aburahma von der Menschenrechtsorganisation *Al Mezan*, medico-Partner in Gaza: „Inspiriert durch die Revolutionen in Nordafrika entdecken sie die Einheit als ihr Thema. Schüler aus Gaza kom-

munizieren mit denen aus der Westbank, die sich wiederum mit Jugendlichen aus den libanesischen Flüchtlingslagern, aus Jordanien oder aber aus Israel zusammenschließen.“

Da dieser Protest längst nicht mehr nur virtuell ist, versuchen sowohl Hamas als auch Fatah entweder die Bewegung zu vereinnahmen oder denunzieren die Protestierenden jeweils als Anhänger der anderen Partei und veranlassen gegebenenfalls bereits im Vorfeld die Festnahme der Demonstrationsanmelder.

Mustafa Barghouti, Präsident der *Palestinian Medical Relief Society*, gibt sich im Gespräch dennoch sehr zuversichtlich: „Wir werden großartige Zeiten erleben. Die arabische Welt befindet sich im Aufbruch. Weil es so lange gedauert hatte, explodieren die Revolten jetzt wie nie zuvor in unserer jüngeren Geschichte.“ Der medico-Partner in Ramallah ist überzeugt, dass die palästinensische Bevölkerung begonnen habe, die Macht des gewaltlosen Widerstands zu entdecken. „Vor allem die Jugend will endlich an den Entscheidungen über ihre Zukunft teilhaben können. Wir wollen unsere Demokratie zurück und die-

jenigen, die sich gegen diesen Trend verweigern, werden nur kurzfristig reüssieren können.“ ■

Tsafir Cohen

Projektstichwort

Alle medico-Partner in Ramallah, Gaza und Tel Aviv nehmen Anteil an der jüngeren Emanzipationsbewegung im arabischen Raum und in Nordafrika. Ihr Engagement für Gesundheit, Menschenrechte und Demokratie hat eine gleichberechtigte und gemeinsame Zukunft aller Menschen zum Ziel – in einem neuen, freien Nahen Osten. Das Stichwort lautet: **Israel-Palästina.**

Klischees in den Köpfen

Stereotypen in der deutschen Berichterstattung

Von Markus Bickel



Als der Kreis arabischer Revolten Ende Februar in Tunis zu seinem Ausgangspunkt zurückkehrte, war wieder nur ein Sender live dabei, der sich ohne Arabischkenntnisse verfolgen ließ: Al Jazeera English. Rund um die Uhr berichtete der Nachrichtenkanal aus Qatar über die Fortsetzung der von vielen mit der Flucht Zine Abidine Ben Alis Mitte Januar schon beendet geglaubten „Jasmin-Revolution“. Auf Beiträge deutschsprachiger Journalisten hingegen, die vor Ort über den Rücktritt Ministerpräsident Mohammed Ghannouchis und die von Sicherheitskräften getöteten Demonstranten informiert hätten,

wartete man in Radio und Fernsehen vergebens; selbst in den großen überregionalen Tageszeitungen fanden sich nur Agenturmeldungen. Die Karawane der Krisenreporter war zu dem Zeitpunkt längst weitergezogen nach Kairo oder, Ende Februar dann, ins von Aufständischen befreite libysche Benghazi. Allein die „Berliner Zeitung“ hatte nochmal einen eigenen Mann nach Tunis geschickt.

Das Manko der meisten deutschen Medien, in Nordafrika, wenn überhaupt, nur mit einem Korrespondenten vertreten zu sein, tritt in diesen Tagen arabischen

Aufruhrs deutlich zutage. Die festen Mitarbeiter in Kairo sind mit der Berichterstattung aus einem Brennpunkt völlig ausgelastet. Ohnehin richtet sich ihr Augenmerk meist nach Osten, auf die traditionellen Krisenherde des arabischen Mashregh: Israel/Palästina also, Irak und Libanon. Den Maghreb haben sie kaum



im Blick; nur sporadisch widmeten sich die Kollegen aus Madrid oder den Redaktionen in Berlin, München und Frankfurt in den vergangenen Jahren Tunesien, Algerien, Libyen und Marokko. Dass kontinuierliche Berichterstattung möglich ist, zeigen „Le Monde“, „Figaro“ und „Libération“: In Frankreich sorgten Medienberichte über ihren von Ben Ali gesponserten Tunesienurlaub sogar zum Rücktritt der Außenministerin Michèle Alliot-Maries.

In Deutschland undenkbar. Innenpolitische Debatten lösen Entwicklungen in Nordafrika hier allenfalls aus, wenn von

„Flüchtlingsströmen“ Richtung EU-Europa berichtet wird. Und seien es nur 5.000 auf Lampedusa, wie im Februar, als sich ein ZDF-Spezial mit dem Titel „Was nun, Nahost?“ den arabischen Aufständen widmete. Die Sendung geriet zum abschreckenden Beispiel eurozentrischer Betrachtungsweise: „Die Probleme der arabischen Welt könnten zu unseren Problemen werden, dazwischen liegt nur das Mittelmeer“, gab ein Sprecher den Ton vor. Als der einzige Studiogast arabischer Herkunft, der Schriftsteller Hamed Abdel-Samad, darum bat, „die millionenfachen Hoffnungen“ der Menschen in Tunesien und Ägypten stärker zu berücksichtigen, unterbrach ihn ZDF-Chefredakteur Peter Frey mit Verweis auf die Gefahren für Europas Sicherheit. Nur um dem gerade vom Kairoer Tahrir-Platz zurückgekehrten Abdel-Samad später paternalistisch das Recht zuzugestehen „stolz zu sein mit allem, was Sie mitgemacht haben“.

Allzuoft in den vergangenen Wochen erzählte der verunsicherte Blick in die Ferne mehr über die Klischees in den eigenen Köpfen als über die Gründe für den arabischen Aufbruch. Das findet auch der Berliner Büroleiter Al Jazeera, Aktham Suliman. So seien die Ängste vor Ägyptens Muslimbrüdern und anderen Islamisten letztlich „durch mediale Darstellung“ erzeugt: Angesichts der ungewissen Entwicklungen hielten Journalisten lieber an vertrauten Vorstellungen fest – die von „Freund-Feind-Denken“ geprägte westliche Sichtweise verleihe ihnen und den Zuschauern Sicherheit. ■

Markus Bickel ist Politik-Redakteur der F.A.Z. Von 2005 bis 2008 arbeitete er als Nahostkorrespondent in Beirut.

Das Volk ist nicht der Präsident

Nicaragua: Selbstorganisation statt Solidarität der Herrscher

Gemeinsam mit der Genossenschaft COOPCOVE aus dem vormaligen Projekt El Tanque fördert medico die landwirtschaftliche Gemeinde La Palmerita und deren neu gegründete Kooperative. Hier lernen Kleinbauern einen gemeinsamen Produktionsfonds zu verwalten, aber auch alternative Anbaumethoden und die Bewirtschaftung von Hausgärten zur Einkommenssteigerung. All das ist bitter notwendig im verarmten Nicaragua, das z.B. allein im Jahr 2010 dem libyschen Gaddafi-Regime über 300 Millionen US-Dollars schuldete. Aber nicht nur die libyschen Investitionen im Land erklären die brutalstmögliche Solidarität Präsident Ortegas mit seinem erklärten Freund Gaddafi, der „erneut einen großartigen Kampf“ in Tripolis führe,

wie der nicaraguanische Staatschef unlängst im Regierungssender verlauten ließ. Ortega begreift sich schon länger als Inkarnation des Volkswillens, betitelt sich „El Pueblo Presidente“ (soll heißen: das Volk ist der Präsident) und sieht in Libyen ein außerordentliches Vorbild direkter Demokratie. Dieter Müller, Leiter des medico-Büros in Managua, möchte diese Solidaritätsadressen nach Tripolis nicht kommentieren, da dies schnell als illegitime Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ der aktuellen nicaraguanischen Präsidialherrschaft verstanden wird. Er unterstützt lieber weiterhin in La Palmerita die Poder Popular (Volksmacht) an der Basis.

Spendenstichwort: Nicaragua

Eine Internationale gegen Aids

Brasilien: Lokale Produktion und globale Vernetzung

ABIA, die „Associação Brasileira Interdisciplinar de AIDS“, gründete sich vor 25 Jahren in Rio de Janeiro, um ein solidarisches zivilgesellschaftliches Netz im Kampf gegen Aids aufzubauen. Seitdem streitet der medico-Partner nicht nur für den Zugang Kranker zu bestmöglicher Medikamentenversorgung und sozialer Anerkennung, sondern kämpft

auch erfolgreich für das Recht auf eine lokale Produktion von Aids-Generika: Seit Februar 2011 lässt Brasilien lokal den Wirkstoff Tenofovir produzieren, der ca. 64.000 Aids-Patienten zugute kommt, und in Zukunft auch 440 Millionen US-Dollar gegenüber Pharma-Patenten der Multis einspart. Der Psychologe und ABIA-Aktivist Veriano Terto Jr. denkt wei-

ter: „Die Erfahrungen in Tunesien und Ägypten beweisen, dass die Werte von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit universell gelten und wir unsere Gesellschaften wirklich verändern können“. In

den gesundheitspolitischen Netzwerken hat ABIA bereits erste Kontakte zu Gleichgesinnten in Nordafrika geknüpft.

Spendenstichwort: Brasilien

Angst vor dem Funken der Freiheit

Simbabwe: Haft und Folter nach Videoabend

Im ruinierten Land des ehemaligen Freiheitskämpfers und heute 87-jährigen Despoten Robert Mugabe wird nicht nur die politische Opposition verfolgt, sondern auch alle Medien sind längst gleichgeschaltet. Das staatliche Fernsehen blendete alle Revolutionsbilder aus der arabischen Welt aus – dennoch fand der nordafrikanische Ruf nach Freiheit ein erstes Echo in der Hauptstadt Harare. Über Internet verabredeten

sich 46 Gewerkschafter und Studenten zu einem nichtöffentlichen Videoabend. Titel: „Revoluten in Ägypten und Tunesien: Welche Lehren können Simbabwe und Afrika daraus ziehen?“. Mugabes Sicherheitspolizei sprengte die private Zusammenkunft und verhaftete alle Anwesenden. Allen droht jetzt eine Anklage wegen Hochverrat. Das Zimbabwe Exiles Forum (ZEF) mit Sitz in Südafrika, spricht von nachweislich neun Fällen von

Folter in Polizeihaft, darunter auch mit Stromschlägen. Bei einer Protestkundgebung vor dem simbabwischen Konsulat in Johannesburg forderte der medico-Partner Meinungsfreiheit, das Recht auf Versammlung und das sofortige Ende jeder Folter.

Spendenstichwort: Simbabwe

Anlagevorwurf: „Ägypten“. Die Polizei eskortiert 46 verhaftete Aktivisten vor den Richter in Harare. Foto: Reuters



migration

Ein Fahrtenschreiber der Mig

Spuren einer Reise durch das innere Afrika



Im Vorfeld des 10. Weltsozialforums Anfang Februar diesen Jahres in der senegalesischen Hauptstadt Dakar fuhren ca. 230 Aktivisten aus Europa und Afrika aus der malischen Hauptstadt Bamako in einer einwöchigen Autobusreise entlang der innerafrikanischen Routen der Migration nach Dakar, um gegen das EU-Grenzregime und für die Rechte von Migranten und Abgeschobenen zu protestieren. Ein Bericht von Christian Jakob, der als Journalist diese Reise begleitete.

Gogui besteht aus nicht mehr als einer Ansammlung windschiefer Hütten, zwischen der Sahara und dem Sahel, an der Grenze zwischen Mauretanien und Mali. Weit über eintausend Kilometer sind es bis an die Grenzen des Schengen-Raums und trotzdem hat die Europäische Union hier ein Schild aufgestellt: „Stoppt die irreguläre Migration. Sie ist eine Gefahr für die malische Gesellschaft“, steht darauf. Gogui ist einer der Orte, an denen sich die Strategien des europäischen Grenzregimes überlappen.

Europas Grenzposten in Afrika

Nach Süden, in Mali, verfolgt man den Weg der zivilgesellschaftlichen Vereinnahmung, der „Verantwortungspartnerschaft“. Mit „Bildungs-“ und Lobbyarbeit, mit Pro-

ration



paganda wird vor den Risiken der ungewissen Reise in den reichen Norden gewarnt: Gefängnis, Aids, der Tod im Mittelmeer, absurderweise sogar Schlangenbisse, all dies müsse fürchten, wer sich unerlaubt auf den Weg in Richtung Europa mache. Vor vier Jahren hat die EU für diese Warnungen ein eigenes Institut im malischen Bamako eröffnet: Das „Centre d'Information et de Gestion des Migrations“ (CIGEM).

Und auch die europäischen Hilfsgelder an die malische Regierung, als Unterstützung zur Entwicklung etikettiert, sind zunehmend gekoppelt an ein Bekenntnis zur „gemeinsamen Verantwortung“ für die „Herausforderungen der Migration“.

Nach Norden, in Mauretanien, wechselt die Strategie. Anders als in Mali ist in Mauretanien die EU-Grenzschutzagentur Frontex tätig. Das Land wird von Europa für die direkte Abwehr der Transitmigration in Richtung Kanarische Inseln und Marokko bezahlt. Mit Patrouillenbooten, Hubschraubern und Nachtsichtgeräten werden irreguläre Migranten aufgespürt und in eigens gebaute Internierungslager gesperrt, bevor sie – nach einer strapaziösen Reise auf der Ladefläche von LKWs der mauretanischen Polizei – an Orten wie Gogui „ausgekippt“ werden.

Gogui war deshalb einer der Orte, an denen die „Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung“ Anfang Februar Station gemacht hat. In einer symbolischen Aktion erinnerte sie an all die Toten, die das Abschotten Europas bislang gefordert hat.

Mobilität als Alltagsphänomen

In einem Land wie Mali, in dem seit langer Zeit ungefähr ein Viertel der Bevölkerung im Exil lebt, die Rücküberweisungen von Exilanten von enormer Bedeutung für das Einkommen vieler Familien sind, ist Migration keine diskursive Randerscheinung.

Die Forderungen der Karawane sind in Mali – wie in ganz Westafrika – politischer Mainstream. Mit ihren Videoteams und ihren als Bolzenschneider kostümierten Stelzenläufern dürfte die Buskolonne auf die Bevölkerung der Dörfer und Städte an denen sie Station machte, überaus exotisch gewirkt haben. Doch ihre politischen Forderungen erschienen den Menschen vertraut: Zu erklären brauchten die Aktivisten sie, anders als in Europa, nicht weiter.

„Jede Person auf der Erde hat das Recht auf freie Wahl ihres Aufenthaltsortes. (...) Migranten aus der ganzen Welt müssen dieselben Rechte besitzen wie die Staatsangehörigen und Bürger des Wohnsitz- oder Transitlandes und in allen wesentlichen Bereichen des wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, sozialen Lebens sowie im Bildungswesen dieselben Verpflichtungen übernehmen.“

So beginnt die Charta von Gorée, die am 4. Februar beim „Welttreffen der Migranten“ auf der ehemaligen Sklaveninsel vor Dakar auch von Aktivisten der Karawane verabschiedet wurde. Doch dieses politische Programm wurde auf



dem Weg der Karawane durch Mali und Senegal immer wieder von den sozialen Realitäten herausgefordert. Sie musste eine Antwort finden auf die Ambivalenz zwischen dem bedingungslosen Eintreten für globale Bewegungsfreiheit und dem Wissen um die immer weiter anschwellenden Kosten für einen selbstbestimmten „Exit“. Alle, die da unterwegs waren, trugen dieses Wissen in sich: Die Aktiven der malischen Abgeschobenenverbände, die europäischen Aktivisten und die Migranten, die es nach Europa geschafft haben und nun mit der Karawane nach Afrika zurückgekehrt waren – auch, um von ihrem neuen Leben zu berichten: der Angst vor Abschiebung, dem Leben im Lager, Residenzpflicht und Asylbewerberleistungsgesetz. Doch konterkariert eine Warnung, die faktisch dasselbe benennt, wie die Propaganda des CIGEM, nicht jede Bemühung eines politischen Kampfes für globale Bewegungsfreiheit?

Rokia Karembé, die Präsidentin der malischen „Fédération des Associations des Migrants“, war bei der Karawane dabei, auch in Gorée. Mehrfach hat sie als Mitglied von Delegationen mit Maliern in

libyschen Abschiebeknästen gesprochen. Sie kennt die Geschichten von Familien, die mehrere Kinder im Meer verloren. „Als Mutter“, so sagte sie, müsse sie davor warnen, durch die Wüste zu gehen oder sich in ein Boot zu setzen. Auch Karim Sidibe saß zweimal in einem Boot. Beide Male hat es Schiffbruch erlitten, beide Male gab es Tote. Heute macht Sidibe, auch er war bei der Karawane dabei, eine wöchentliche Sendung im Lokalradio von Yanfolilla. Dabei warnt er vor den Gefahren der Migrationsrouten und macht Telefoninterviews mit Leuten, die es nach Europa geschafft haben und davon berichten, dass es kein Eldorado ist. Doch weder Karambe noch Sidibe stellen das Recht auf Bewegungsfreiheit in Frage. So wie die Karawane über das Für und Wider von Migration rang, konnte sie zeigen, dass die EU mit ihren Propaganda-Schildern keinen Erfolg hat: Die Bevölkerung sieht die Gefahren, ohne die Mobilität zu denunzieren.

Europa öffnet sich nach innen, gleichzeitig regiert es nach Afrika hinein und zwingt es dazu, seine Grenzen zu schließen. Die wirtschaftliche Ausplünderung



zung des Kontinents durch Rohstoffraub- und als Absatzmarkt subventionierter Güter geht dabei unvermindert weiter. Doch die Begegnungen während der Karawane machten klar: Das Abziehbild der letzten Jahre, nach dem junge Afrikaner der Parole „Europa oder der Tod“ verpflichtet sind, ist nicht zu halten. Viele Mälier machten sich bei den Diskussionen für zirkuläre Migration stark: Einige Zeit nach Frankreich oder Europa gehen, das würde ihnen schon reichen.

Perspektiven der Solidarität

Doch der Kampf um bessere Lebensverhältnisse im eigenen Land stand ebenso auf ihrer Agenda. Der Versuch der Karawane, eine internationalistische Praxis zu entwickeln, erforderte vor allem einen Umgang mit extremer Armut als Bedingung politischen Handelns zu finden. Viele der afrikanischen Aktivisten hätten nicht nach Dakar mitfahren können, wenn nicht Bus, Übernachtungen und Essen gezahlt worden wären. Die Ressourcen, mit denen diese sozialen Schranken aufgefangen wurden, kamen aus dem Norden – über

40.000 Euro Spenden wurden gesammelt, insgesamt verschlang das Projekt fast 125.000 Euro. Den Partnern aus dem Süden musste klar gemacht werden, dass sich hieraus keine Ansprüche ableiteten: Die Kasse wurde gemeinsam verwaltet, ausgegeben haben das Budget vor Ort die afrikanischen Organisationen.

Immer wieder wurden fundamentale Asymmetrien greifbar: Wenn afrikanische Aktivisten, gewohnt an ein Leben am Existenzminimum um Moskitonetze, Matratzen oder Essen streiten, auch wenn genug für alle da ist, während

die Europäer im Zweifel immer noch auf private Versorgung zurückgreifen können. Dies galt es politisch zu übersetzen; etwa: keine rassistischen Bilder zuzulassen, wonach Afrikaner schnell hitzig würden. Der praktische Umgang mit diesen sozialen Widersprüchen ist der einzige Weg, um gemeinsam politisch handlungsfähig zu werden.

Auch wenn die Zustände in Mali für viele der Europäer verstörend wirkten, sind apokalyptische Übertreibungen des Mangels unangebracht. Bamako als bloßer Ort des Überlebens zu horrifizieren, wird den Verhältnissen nicht gerecht. Lebensqualität ist multidimensional. Faktoren wie soziale Integration spielen hierbei eine wichtige Rolle – dies machte sich auch bei der Karawane immer wieder bemerkbar.

Malische und senegalesische Fernsehsender, Radio und Zeitungen berichteten ausführlich über die Karawane. Vor allem eine Aktion vor dem senegalesischen Frontex-Büro in Dakar erregte viel Aufmerksamkeit – in dem Gebäude residiert auch der senegalesische Geheimdienst, noch nie war es gelungen, hier

eine Demonstration durchzusetzen. Der Umstand, dass sich die Karawane aus verschiedenen malischen Organisationen, Afrikanern und Europäern zusammensetzte, wurde in Westafrika sehr genau registriert – so etwas gab es in der Form noch nie. Ebenso ungewöhnlich war, dass es gelang, ein überregionales Bündnis mit Aktiven aus vielen Teilen Malis aufzubauen. Auch das offensive Vorgehen – mit zum Teil unangemeldeten Aktionen an der französischen Botschaft, in der Wüste, an der Grenze und am Sitz von Frontex –

wurde in der malischen und senegalesischen Öffentlichkeit mit positivem Interesse wahrgenommen. Insgesamt sahen die beteiligten Gruppen aus Mali die Karawane deshalb als wichtigen Beitrag zur Stärkung zivilgesellschaftlicher und bewegungspolitischer Strukturen in Mali. ■

Globaler Pass für eine Welt.



Projektstichwort

Mali-Maghreb: Partner ohne Grenzen

Die malischen Partner von medico im westafrikanischen Netzwerk für die Rechte der Migranten streiten aktuell an vielen Fronten. Im Rahmen des auch von medico geförderten Netzwerkes „afrique-europe-interact“ organisierten sie zusammen mit Aktivisten aus anderen afrikanischen Ländern und Europa eine aufsehenerregende Karawane der Solidarität, die Anfang Februar in mehreren Stationen von Bamako aus zum Weltsozialforum in Dakar (Senegal) führte. Auf dem Forum selbst waren die Selbsthilfegruppe Organisation der Ausgewiesenen Malis (Association Malienne des Expulsés – AME) und die Assoziation zentralafrikanischer Migranten in Mali (Association des Refoulés d’Afrique Centrale au Mali – ARACEM) in zahlreichen Workshops und auf Demonstrationen gegen das europäische Grenzregime präsent. Seit Beginn des Aufstandes gegen das Gaddafi-Regime bemühten sich beide medico-Partner zudem, den malischen und subsaharischen Arbeitsmigranten in Libyen beizustehen und ihnen eine sichere Aus- und Heimreise zu ermöglichen. Ausgeflogene Migranten aus Tu-

nesien und Libyen wurden am Flughafen Bamako empfangen und in den Zentren der AME und ARACEM aufgenommen und versorgt. Die AME ihrerseits schickte einen Vertreter in das Flüchtlingslager Ras Jedir an der tunesisch-libyschen Grenze, um den hier festsitzenden Maliern eine Ausreise nach Bamako zu ermöglichen. „Die Flüchtlinge haben alle harte Stunden und Tage hinter sich. Unsere Brüder versuchen Libyen zu verlassen und auf ihrem Weg an die Grenze wurden sie regelmäßig von loyalen Militärs und libyschen Milizen ihrer Habschaften beraubt. Es gibt noch sehr viel mehr Personen in Libyen, die verängstigt sind, aber nicht das nötige Geld haben, um den Transport zur Grenze bezahlen zu können.“, so die AME in einer Depesche an medico. Das Stichwort dieser solidarischen Nothilfe für bedrohte Migranten lautet: **Migration.**

Ressourcen der Gesundheit

Das People's Health Movement auf dem Weltsozialforum

Die International People's Health University (IPHU) fand bereits in fast allen Teilen der Welt (Afrika, Amerika, Asien und Europa) statt. Jeweils 30-50 junge Gesundheitsaktivisten und Gesundheitsprofessionelle beschäftigten sich dort mit den Themen, Analysen, Erfahrungen und Projekten der politischen Ökonomie der Gesundheit und der globalen Gesundheitsbewegung. Jetzt traf sich Anfang Februar im Senegal diese einzigartige nomadische Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden aus 23 Ländern anlässlich des 10. Weltsozialforums, an dem rund 90.000 Menschen teilnahmen, doppelt so viele wie erwartet.

Stop dem Braindrain

Der Workshop „Die Krise des Gesundheitspersonals in Afrika“

fand in einem alten, leicht verfallenen Hörsaal der Rechtsfakultät statt. Hier zeigten nach einer Woche intensiven Lernens die jungen Teilnehmer ihre selbst erarbeiteten Präsentationen, ohne Strom und damit ohne die Möglichkeit vorbereitete Grafiken an die Wand zu projizieren und ein Mikrofon zu nutzen. Die junge Silvi aus Nigeria hatte sich für den Tag besonders

schick gemacht. Nun stand sie in ihrem schwarzen Jackett in dem Hörsaal vor ca. 200 Studenten und musste mit ihrer leisen Stimme und einem Laptop in der Hand erklären, warum das Gesundheitspersonal in Nigeria und Südafrika regelmäßig Streiks organisiert, um die staatliche Notfallversorgung zu verbessern. Ihr senegalesischer Kurspartner erklärte, wie internationale Körperschaften wie der IWF oder die Weltbank über ihre Kreditvergabe einen fatalen Einfluss auf die Budgets der nationalen Gesundheitssysteme ausüben. Weitere Beispiele folgten: In Tansania



musste das Gesundheitsministerium in den letzten fünf Jahren die Zahl seiner ausgebildeten Angestellten um 65% kürzen. In Togo lässt sich lehrbuchartig nachvollziehen, wie eine schlampige staatliche Planung die Qualität der Gesundheitsversorgung sukzessive ruiniert: Überall im Land fehlt nun qualifiziertes Personal, und all jene, die noch für schlechte Löhne und

in heruntergekommenen Kliniken arbeiten, drängen ins Ausland. In Ghana führte der gleiche fatale Prozess des Braindrain dazu, dass mehr als 60% aller in Medizin Graduierten ins Ausland gingen. In Südafrika sind 78% aller Ärzte im ländlichen Bereich Nicht-Südafrikaner.

Das People's Health Movement (PHM) blieb nicht bei der Beschreibung des Status Quo stehen, sondern startet gerade eine globale Kampagne gegen den Braindrain des Gesundheitspersonals aus Afrika. Dabei geht es nicht nur um die

Kritik am Privatisierungsdruck von IWF und Weltbank auf die noch bestehenden staatlichen Gesundheitssysteme. Es geht vielmehr um die Durchsetzung finanzieller Entschädigungen für den Abzug gut ausgebildeten Gesundheitspersonals aus den afrikanischen Ländern. Verantwortlich dafür sind die „entwickelten“ Länder, die seit Jahren Gesundheitspersonal aus Afrika abwerben, dessen Ausbildung aber den armen Ländern selbst überlassen. ■

Martin Glasenapp

Für öffentliche Gesundheit!

Beim Weltsozialforum in Dakar diskutierten die Aktivisten der Gewerkschaftsbewegung, der sozialen Netzwerke und der Interessenvertretungen kranker Menschen über die Krise der Weltgesundheit, insbesondere über die kritische Situation im subsaharischen Afrika. Es wurde beschlossen die Debatten zu vertiefen und strategische Vorschläge zur Lösung der Weltgesundheitskrise voranzubringen.

Es eilt!

Die Krise des Kapitalismus hat die Situation der Menschen verschlimmert: Das Recht auf Trinkwasser, eine saubere Umwelt, Essen, Wohnen, Arbeit und Würde wird unterminiert. • In fast allen Ländern werden die Gesundheitssysteme durch zunehmende Privatisierung und Kommerzialisierung zerstört und damit das Gefälle zwischen Nord und Süd sowie die soziale Ungleichheit innerhalb der jeweiligen Länder verstärkt. • Die ärmsten Bevölkerungsgruppen sind die ersten Opfer der Diktatur der Finanzmärkte und der multinationalen Pharmakonzerne.

Unsere Vorschläge:

Es sollte ein System des Sozialschutzes ohne Grenzen vorangetrieben werden, das auf wirtschaftlichen, sozialen, bürgerlichen und politischen Rechten beruht. • Es sollte ein Zusammenschluss von Fachleuten aus dem Gesundheits- und Sozialbereich gefördert werden, um alle Aktivitäten auf lokaler und globaler Ebene zu unterstützen. • Es sollten Instrumente der Solidarität mit den Revolutionen in Tunesien und Ägypten, die die Hoffnung auf eine bessere Welt mit besseren Gesundheitsbedingungen befördern, vorangetrieben werden.

Unterzeichner: Mitglieder des People's Health Movement und Gesundheitsaktivistinnen aus Ägypten, Belgien, Brasilien, Frankreich, Indien, Kolumbien, Marokko, Philippinen, Senegal und Tunesien.

Zwischen Streik und Kochkurs

Eine Gewerkschaft im rechtsfreien Raum

Das erste Treffen mit Sri Lankas eigenwilligstem Gewerkschafter fand in Frankfurt am Main statt. Eine Kollegin von Brot für die Welt hatte uns dringend geraten, ihn vor seinem Rückflug nach Colombo zu treffen: Anton Marcus sei seit den „wildem Siebzigern“ einer der wichtigsten Aktivisten sozialer Bewegungen auf Sri Lanka und seither nicht nur dort zur Legende geworden. Wir verabredeten ein Wiedersehen gleich bei unserer nächsten Reise. Vor Ort wollten wir erfahren, was wir zusammen tun könnten, medico und die Gewerkschaft mit dem wenig einprägsamen „Kürzel“ FTZ&GSEU: Free Trade Zones and General Services Employees Union.

Katunayake – Sonderwelt mit beschränkter Haftung

In Colombo hielten wir uns gar nicht lange in Antons Büro auf, sondern fuhren mit einem klapprigen Kleinbus gleich raus zur 30 Kilometer entfernten „Freihandelszone“ Katunayake. Kaum hatten wir das von Polizei und privatem Sicherheitsdienst bewachte Haupttor passiert, wurde uns klar, dass wir in eine Sonderwelt geraten waren: Es war Schichtwechsel, und auf den Straßen zwischen den stacheldrahtbe-



wehrten Fabrikanlagen sahen wir fast nur Frauen: Hunderte, Tausende, einzeln und in Gruppen, die meisten noch sehr jung. Schlagartig fielen uns die Geschichten von den massenhaften Frauenmorden in Mexiko sowie den mittelamerikanischen Ländern ein, und Anton bestätigte uns, dass Vergewaltigung und Mord auch die Frauen von Katunayake bedrohen – wenn auch nicht in mittelamerikanischem Ausmaß. „Wie in allen Zonen sind auch hier über achtzig Prozent der Belegschaften Frauen, wenige Kilometer von hier liegt eine Luftwaffenbasis, es gibt mehrere Jugendgangs.“

Sri Lanka hat 14 solcher Zonen mit über 250.000 Beschäftigten. Die oft unverheirateten Frauen kommen in der Regel von weit her und bleiben für mehrere Jahre in „ihrer“ Zone. Sie leben dort in klei-



Foto: medico

Sri Lankas Spitzenkoch empfiehlt den Fr

Free Trade Zone

200g Reis, 250g Fisch (Thunfisch, Hering), 250g verschiedene Gemüse (Karotten, Kartoffeln, Lauch, Kohl), Kokosmark, 2 Zwiebeln, 1 Zitrone, Gewürze: Chilischote, Curryblätter und -pulver, Knoblauch, Ingwer, geröstetes Chilipulver, 2 Tassen Kokosmilch, Öl

Ingwer, Knoblauch und Zwiebel klein schneiden, Curry- und Chillipulver hinzufügen und gut mischen. Fisch säubern, schneiden und hinzufügen, alles salzen, etwas Wasser beimischen. In der Pfanne Öl erhitzen,

nen, einstöckigen „boarding houses“, meist teilen sich drei Frauen ein Zimmer, draußen gibt's eine nach den Seiten offene, überdachte Kochstelle, ein paar Behelfsduschen. Die Arbeitsbedingungen sind hart, das Regime der Aufseher rücksichtslos, der Lohn so niedrig, dass die meisten auch von sich aus täglich Überstunden machen. „Freihandelszone – das sollte heißen: gewerkschafts-, also rechtsfreie Zone“, sagt Anton und grinst, „das war und ist der Einsatz unserer Arbeit.“ Tatsächlich hat die Gewerkschaft illegal angefangen, gleich im vierten Jahr nach der Eröffnung der Zonen 1978, mit nur wenigen, verdeckt und ungeschützt arbeitenden Aktivistinnen und Aktivisten. „Es hat 18 Jahre gedauert, bis wir offiziell den Namen annehmen konnten, den wir jetzt stolz und legal tragen. Heute haben wir 16.000 Mitglieder, sechzig Prozent sind Frauen, wir sind die stärkste Gewerkschaft der Zonen.“

**Mit Grüßen vom
Palm Village Hotel**

Zum Erfolg der Gewerkschaft gehört, dass

sie sich nicht nur um Lohn und Arbeitsrecht, sondern auch um die Gesundheit ihrer Mitglieder kümmert. Dass es um die miserabel bestellt ist, liegt an den Arbeitsbedingungen – und an fehlender Versorgung. Der Besuch des öffentlichen Krankenhauses erfordert Wartezeiten, die die Arbeiterinnen schlicht nicht haben, und die Privatärzte verschlingen im Nu ganze Monatslöhne. Seit Herbst letzten Jahres bietet FTZ&GSEU in Katunayake deshalb zwei Mal die Woche ärztliche Hilfe an – vor Ort im Büro, nach Feierabend und mit der Hilfe medicos. Dem kleinen Bau mit nur drei Räumen wurde dazu ein zweites Stockwerk mit Warteraum und Behandlungszimmer aufgesetzt. Pro Sprechstunde werden dort rund zwanzig Frauen von einer Arzthelferin und einem Arzt versorgt, der tagsüber in Colombo arbeitet und seinen Dienst gegen ein eher symbolisches Entgelt tut – ebenfalls nach Feierabend. Zum Service gehört eine kleine Apotheke mit den Medikamenten des unmittelbaren Bedarfs.

Eher symbolisch fällt auch das Entgelt aus, das die Gewerkschaft Mr. Gamage zahlt, dem Koch des Palm Village

Curry à la Gamage

die Curryblätter hineinstreuen, dann die Fisch- und Gewürzmischung kurz anbraten, den Deckel schließen und 10 Minuten köcheln lassen. Kokosmilch hinzufügen und sanft in 5-10 Minuten zum Kochen bringen. Vom Herd nehmen, mit Zitrone abschmecken.

Kartoffeln, Karotten, Lauch putzen und klein schneiden, in erhitzte Pfanne einstreuen, salzen, Kokosmilch, Zwiebel und Chilischote (nach Wahl!) hinzufügen, sanft kochen. Kohlblätter klein hacken, mit Kokosmark mischen und hinzufügen, fortlaufend gefühlvoll umrühren.

Den Reis traditionell kochen. Dem Reis auf dem Teller fügt man das Fisch- und Gemüsecurry hinzu. Es wird mit den Fingern gegessen, wobei Reis, Fisch- und Gemüsecurry mehr und mehr vermischt werden.

Hotels, den man in Sri Lanka aus dem Fernsehen kennt. Den gewann sie zum Kochkurs exklusiv für Aktivistinnen, natürlich ebenfalls nach Feierabend. Der fällt kurz genug aus, und das ist das Problem, das Mr. Gamage zu lösen hilft. Denn mehr als eine halbe Stunde haben die Arbeiterinnen nicht, um sich im Funzellocht ihrer Kerosinkocher das Abendessen zu bereiten; die Einkäufe müssen gleich auf dem Heimweg am Straßenrand erledigt werden. Was kauft man da, wie viel, was ist gesund, schmeckt und kann doch schnell zubereitet werden? Das sind die Fragen, auf die Mr. Gamage und der mit ihm zusammenarbeitende Ernährungsberater die Antworten wissen. Wichtigste Bedingung: Einkaufen und Kochen müssen gemeinsam erledigt werden, auch da kommt man allein nicht zurecht. Der Hotel- und TV-Maestro führt seine Kunst vor fünfzig Frauen im roten

Zelt der Gewerkschaft vor, unter einer weißen Kochmütze ein selbstgebasteltes Draht-Geflecht samt Mikro.

Die Früchte des Webstuhls

Gerade weil die Gewerkschafterinnen so erfolgreich sind, versucht die Firma Bratex, ihre Fabrik in Katunayake wieder rechtsfrei zu machen. Anfang Februar traten dort mehr als eintausend Arbeiterinnen in Streik, weil Bratex zugesagte Sonderzahlungen einbehält. Die Firma schlug zurück: 33 Arbeiterinnen wurden entlassen, an den Fabrikmauern wird steckbrieflich vor den Aufrührerinnen gewarnt. Die örtliche Polizei ist dem Freihandel gern behilflich: mehrere Gewerkschafterinnen wurden zwischenzeitlich verhaftet, Vermittlungsgespräche vor dem Arbeitsgericht von der Firmenleitung eigenmächtig verweigert. Doch hat die Gewerkschaft erreichen können, dass sich jetzt ein „Ombudsmann“ des Weltkonzerns einschaltet: „So schnell wird man uns nicht los“, sagt uns Anton am Telefon, „da haben sich schon andere die Zähne ausgebissen.“ ■

Thomas Seibert

Projektstichwort

Der Einsatz der medico-Partner in Colombo ist bewusst für alle gedacht – keine Selbstverständlichkeit im Nachkriegsland Sri Lanka, in dem Tamlänen weiterhin ausgegrenzt leben. Die Gewerkschafter bauen daher landesweit ein „Inter-ethnic Women Workers Network“ für singhalesische, tamilische und muslimische Arbeiterinnen auf. Denn Freihandelszonen werden jetzt auch im tamilischen Norden eröffnet: mit Dumpinglöhnen noch unter denen, die im singhalesischen Süden mittlerweile gezahlt werden müssen. Unser Spendenstichwort: **Sri Lanka**.

Chiles Katastrophenkapital

Ein Jahr nach dem Erdbeben fällt die Zwischenbilanz des

Wenige Wochen nach der Jahrhundert-Katastrophe in Haiti erlebte Chile am 27. Februar das schwerste Erdbeben seiner Geschichte seit der Aufzeichnung. Das katastrophengeplagte Chile war trotz des ungleich schwereren Bebens weitaus besser auf das Desaster vorbereitet. Insgesamt waren 524 Tote und 31 vermisste zu beklagen, 370.000 Menschen galten als Erdbebenopfer. Dafür waren die Folgen sozial und ökonomisch verheerend. Die Anzahl der Armen stieg um 500.000 auf drei Millionen Menschen. Die Sachschäden werden auf 30 Milliarden US-Dollar geschätzt, das entspricht fast einem Fünftel des Bruttoinlandsprodukts. Der Schriftsteller Ariel Dorfman beklagte damals, das Erdbeben habe „tiefe Risse und Verwerfungen im sozialen und ethischen Gewebe Chiles, den andauernden Tsunami des Mangels“ offenbart, die „Modernisierung, mit der sich das Land in den letzten Jahrzehnten gebrüstet hat“, sei in Wirklichkeit kosmetisch und prekär. Der freie Journalist Gerhard Dilger besuchte für medico das Land ein Jahr später.



Glaubt man den jüngsten Verlautbarungen des Präsidenten, dann hat seine Regierung aus neoliberalen Technokraten und Nachfolgern der Pinochet-Rechten die Lage fest im Griff: 99 Prozent der öffentlichen Infrastruktur sei „ganz oder teilweise“ wiederhergestellt, 60 Prozent der Wohnungsbaukredite habe man ausgezahlt, 70 Prozent der Schulen

ISMUS

Wiederaufbaus dürftig aus

len.“ Große Bergbaumultis bewegte er zu einer freiwilligen, zeitlich begrenzten Erhöhung von Förderabgaben (royalties), die bis 2014 über 3 Milliarden Dollar zusätzlich in den Staatssäckel spülen sollen. Im Gegenzug sicherte er ihnen eine Ver-



sein wiederaufgebaut oder repariert, zählt er auf.

Der Wiederaufbau sei „effizient“ angegangen worden, beteuert der telegene Exunternehmer, und bis zum Ende seiner Amtszeit im März 2014 werde er abgeschlossen: „Es ist uns gelungen, die enorme Herausforderung anzunehmen, unser Land wieder auf die Beine zu stel-

längerung ihrer schon jetzt niedrigen Steuersätze bis 2023 zu.

Bei einem Frühstück mit ausländischen Korrespondenten hob Piñera das letztjährige Wirtschaftswachstum von landesweit 5,2 Prozent hervor – dass die Krisenregion Biobío derweil um 11,3 Prozent schrumpfte, erwähnte er ebensowenig wie die 500.000 Menschen, die das Erdbeben

nach einer Studie des Planungsministeriums in die Armut gestürzt hat.

Als Paradebeispiel für den Wiederaufbau gilt das Seebad Dichato nörd-

Vier- bis fünftausend Familien, also bis zu 25.000 Chileninnen und Chilenen, hausen noch heute infolge des Erdbebens in solchen eigentlich provisorii-



lich von Concepción, „das wird noch viel besser als vorher“, schwärmte der Präsident. Doch Mitte Februar wurde er dort von wütenden Demonstranten empfangen, acht von ihnen hielt man bis zu seiner Abreise auf der Polizeiwache fest. „Ein Jahr nach dem Erdbeben ist nichts passiert“, schimpfte Miguel Barra aus dem Notlager El Molino, „wir brauchen Wasser, Basisdienstleistungen, Baudarlehen und Arbeit. Die Regierung versucht, uns gezielt zu spalten“.

schen Vierteln. Insgesamt sind es landesweit sogar rund 150.000 Menschen – „Unsichtbare für die Gesellschaft“, wie Daniel García von der NGO „Ein Dach für Chile“ feststellt. Er befürchtet, Piñera dürfte ebensowenig wie seine drei Vorgänger das Versprechen halten, diese prekären Ansiedlungen überflüssig zu machen. Und die Gouverneurin von Biobío wurde dabei ertappt, wie sie Bürgern eines „normalen“ Armenviertels dazu riet, sich um Baudarlehen für Erdbebenopfer zu bewer-

ben – die Episode blieb folgenlos für sie. In Dichato wurden nach dem Erdbeben 450 Familien am Rand einer Eukalyptusplantage angesiedelt, bis zu vier Kilometer

von ihren früheren Häusern direkt am Meer entfernt. Dorthin können sie nicht zurückkehren. Auch Ferienhäuser von Städtern aus Chile hat der Tsunami für immer weggespült, für die Grundstücke am Strand wurde ein Bauverbot verhängt. Die Begründung klingt plausibel: Vor einem Jahr starben hier 72 Menschen, als 18 Stunden nach dem Beben und der Entwarnung ein dritter Tsunami die Zurückgekehrten kalt erwischte. Daher soll hinter dem Strand ein 40 Meter breiter Streifen mit Bäumen bepflanzt werden, am Ende des Strandes ist eine große Mauer geplant. Schon heute finden sich an den Hügeln zu beiden Seiten der Bucht eingezäunte Wohnanlagen – eine Wohnform, die unter betuchten Lateinamerikanern immer beliebter wird. Dichato, fürchtet mancher, soll zu einem Seebad der oberen Preisklasse umgebaut werden. Den verarmten Einheimischen bliebe dann nur die Aussicht, als billige Arbeitskräfte im Baugewerbe und anschließend in

der Tourismusbranche angeworben zu werden.

Halsabschneiderkapitalismus

Das erinnert an Katastrophenkapitalismus à la Naomi Klein – wenn auch in bescheidenerem Maßstab: Die Annahme, bei Katastrophen lege der „Halsabschneiderkapitalismus“ eine Pause ein und der Staat schalte einen Gang hoch, habe sich nach den Zerstörungen des Wirbelsturms

Katrina in New Orleans nicht mehr bewahrt, schreibt die Kanadierin in ihrem Buch „Die Schock-Strategie“.

Ebensowenig wie seine rechten Kollegen in der Region vermeidet es Sebastián Piñera jedoch stets, sich als knallharten Neoliberalen zu inszenieren. Lieber versucht sich der drittreichste Mann Chiles an der Rolle als gütiger Landesvater, redet viel von „nationaler Einheit“ und von „einer anderen Art zu regieren“. Chile will er wie einen Großkonzern führen. Die Schlüsselpositionen in seinem Kabinett bis hin zum Außenminister besetzte er wie selbstverständlich mit Vertretern des Großkapitals.

Anders als in Südamerika mittlerweile üblich, werden in Chile die Chefs der Regionalregierungen nicht gewählt, sondern vom Staatspräsidenten eingesetzt. Die zwei Gouverneure von Santiago und der Erdbebenregion Maule waren zuvor Bauunternehmer, die sich nach dem Beben schwerer Vorwürfe erwehren mussten – ihre Firmen hatten offenbar schlampig gebaut. Der Direktor des im Präsidentsamt angesiedelten Nothilfekomitees, ein früherer Unternehmer, verteilte Millionenaufträge ohne Ausschreibung. In den tonangebenden Medien sind solche offensichtlichen Interessenkonflikte nur selten ein Thema – kein Wunder, sind Zeitungen und TV-Sender ja selbst wichtiger Bestandteil des oligarchischen Systems.

Beamte der staatlichen Kontrollbehörde und unabhängige Journalisten haben jedoch eine ganze Reihe von Affären aufgedeckt. Die Supermarktkette Cencosud deklarierte Lebensmittelimporte aus Argentinien als Spenden, um Abgaben zu umgehen – und wurde dabei von den Zollbehörden gedeckt. Piñeras Nothilfekomitee kaufte zwei Firmen Notbehaltungen zu deutlich überteuerten Preisen ab. Das Bauministerium beauftragte jene





Firma, die die meisten beschädigten Hochhäuser in Concepción gebaut hatte, mit deren Abriss. „Die Gewinne der großen Firmen sind das Wichtigste“, klagt der Aktivist Eduardo Amparo, „das Gerede über den Wiederaufbau ist ein Vorwand, um immer mehr zu privatisieren“.

Auch NGO-Vertreter in Santiago stellen der Regierung ein schlechtes Zeugnis aus. „So ein Wiederaufbau dauert 8 bis 15 Jahre“, meint Nicolás Valenzuela von Reconstruye und verweist dabei auf internationale Erfahrungen. „Piñera hat überzogene Erwartungen geweckt“, sagt der Städteplaner, auch die Fixierung auf Wohnraum sei kontraproduktiv: „Man muss das Leben der Leute langfristig wieder aufbauen, und das fängt beim Arbeitsplatz an. Es bringt doch nichts, Häuser an Orten aufzubauen, wo es keine Arbeit mehr gibt.“ So würden die Betroffenen viel zu wenig in die Aufbauprojekte einbezogen, statt Kleinunternehmen vor Ort zu

fördern, habe die Regierung viele Aufträge an Großfirmen der Hauptstadt vergeben. „Die Kluft zwischen Arm und Reich wird durch den Wiederaufbau wachsen“, befürchtet Valenzuela, viele arme Mieter, deren Häuser zerstört wurden, müssten aus den Stadtzentren weichen. Sein Fazit: „Die Maßnahmen sind nicht nachhaltig, wahrscheinlich muss der nächste Präsident 2014 einen Wieder-Wiederaufbauplan auflegen.“

„Wir sind nur wenig beteiligt worden, alles ist sehr zentralisiert und sehr wenig transparent“, kritisiert Alicia Sánchez vom Netzwerk Acción, in dem 60 Organisationen zusammengeschlossen sind. Die Schwäche der Zivilgesellschaft und weitverbreitete Gleichgültigkeit mache es der Regierung allerdings besonders leicht, hat sie beobachtet. Ihre Kollegin Flavia Liberona von der Umweltstiftung Terram beklagt die „totale Unfähigkeit“ der Behörden, sich einen Überblick über die

ökologischen Folgen des Bebens zu verschaffen. Die Tendenz, alles zu privatisieren, sei jedoch ungebrochen, meint Liberona.

Minimalstaat

Zur Logik des „Minimalstaates“ passt es, dass die spektakulärste Solidaritätsaktion von der Benefiz-Fernsehshow Teletón auf die Beine gestellt wurde. Im 25-stündigen Mammutprogramm eine Woche nach dem Beben traten neben zahlreichen Stars auch Bachelet und Piñera auf – an Spenden kamen 87 Millionen Dollar zusammen. Ein Drittel davon floss an „Ein Dach für Chile“. Die von einem Jesuiten gegründete NGO ließ damit innerhalb von drei Monaten von Freiwilligen 24.000 Holzhäuser bauen, mit den übrigen zwei Dritteln wurden über Teletón Schulen repariert oder neu gebaut. Auch wenn sich einige Bürgermeister beklagten, ihre Gemeinden hätten von diesen Hilfsaktionen nichts abbekommen – größere Unregelmäßigkeiten sind nicht belegt. Im Gegenteil: Im Vergleich zu den staatlichen Stellen agierten diese Stiftungen schnell und unbürokratisch. So hat die Regierung zwar 135.000 Bauzuschüsse genehmigt, doch der Papierkrieg bis zur Auszahlung kann über ein Jahr in Anspruch nehmen.

Noch langsamer geht es bei den Baugenehmi-

gungen für die neuen Häuser voran. Und für mindestens 70.000 Kinder bleiben Unterrichtsausfälle an der Tagesordnung, schätzt der nationale Verband der Kommunen.

Gegen Piñeras bürokratisiertes, autoritäres und auf Kapitalinteressen ausgerichtetes Krisenmanagement setzen die Betroffenen nun auf Selbstorganisation. Ende Januar haben sich in Talca 25 Basisinitiativen aus den Katastrophengebieten zur „Nationalen Bewegung für den gerechten Wiederaufbau“ zusammengeschlossen. Zum Jahrestag des Bebens haben sie öffentlichkeitswirksam gegen ein „Jahr ohne Wiederaufbau“ protestiert. „Wir wollen keinen Schnickschnack“, sagt Sprecher Pablo Díaz mit Hinblick auf die PR-Offensive der Regierung, „wir wollen einen Prozess, der die Bürger in den Mittelpunkt rückt und nicht die Privatunternehmen“. ■

Projektstichwort

Das Erdbeben in Chile: Die Meereswelle nach dem Beben der Stärke 8,8 war bis zu 30 Meter hoch und begrub in Tirúa 45 Häuser sowie Gemeindeverwaltung, Sportplatz, Schule und Polizei unter sich. Die Wasserqualität der Brunnen kippte um, Wasser-, Stromversorgung und Telefon fielen tagelang aus. In der Gemeinde Tirúa leben 10.500 Menschen. Der Ort wurde 1972 durch die Allende-Regierung erbaut. Es ist ein ländliches Gebiet mit hoher Armutsquote, 80% der Einwohner sind Mapuche, viele Kinder besuchen keine Schule – sie arbeiten mit den Eltern oder haben im Winter keine Möglichkeit, die Schulen zu erreichen; oder müssen ihre Väter ersetzen, die häufig aufgrund der Unterdrückung der Mapuche vor der Polizei geflüchtet oder nach dem sogenannten Antiterrorgesetz verurteilt sind. Mit medico-Hilfe wurden Häuser instand gesetzt und Arbeitsgeräte wie Fischernetze neu gekauft. Unser langjähriger Partner CODEPU berät die betroffenen Gemeinden darüber hinaus in ihrem Kampf gegen rassistische Diskriminierung und polizeiliche Verfolgung. Spendenstichwort: **Chile**.

Friedenspolitik konkret

„Stopt den Krieg in Afghanistan“ – ein Konferenzbericht

2010 war das blutigste Jahr des Krieges in Afghanistan, und am stärksten betroffen war die Zivilbevölkerung. Schon deshalb verbietet sich jedes „Weiter so“. Um gemeinsam über Perspektiven für Frieden und Entwicklung nachzudenken, trafen sich am 19. - 20. Februar 2011 entwicklungs- und friedenspolitische Organisationen in Hannover zu einer Arbeitskonferenz. Dabei sollte auch geklärt werden, ob künftig stärker als bisher mit einer gemeinsamen Stimme gesprochen werden kann. Nicht, dass die Anwesenden gänzlich unterschiedliche Ideen verfolgen würden. Im Gegenteil: sie eint die Ablehnung von Krieg als Mittel von Politik, und sie sind auch gemeinsam davon überzeugt, dass eine andere, eine solidarische Welt notwendig ist. Aber es sind unterschiedliche Praxiszusammenhänge, in denen beide Teilöffentlichkeiten tätig sind, und das führt mitunter zu divergierenden Einschätzungen.

Unterschiedliche Blickwinkel

So haben entwicklungspolitisch tätige Hilfsorganisationen die Präsenz von ausländischen Truppen in Afghanistan nicht – wie große Teile der Friedensbewegung – per se in Frage gestellt. Aus Solidarität mit ihren afghanischen Partnern, die in ihrem Kampf für Demokratie und Menschenrechte Schutz von außen einklagen, wollte die entwicklungspolitische Öffentlichkeit der Forderung der Friedensbewegung



„Soldaten raus aus Afghanistan!“ nicht unmittelbar folgen; eine Forderung, die aus friedenspolitischer Sicht, allzumal mit Blick auf die stattfindende Transformation der Bundeswehr von einer Armee der Landesverteidigung zur out-of-area-Einsatztruppe, völlig verständlich ist. Die etwa 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Hannover waren sich einig: Gemeinsam wiesen sie die Vorstellung zurück, die NATO sei so etwas wie der verlängerte Arm von Amnesty International. Der Verweis auf die Menschenrechte diene in der Regel nur als Alibi für ein Eingreifen, das eigennützige Interessen verfolge. „Der Missbrauch des Menschenrechtsdiskurses spricht nicht gegen die Menschenrechte, sondern nur gegen diejenigen, die den Missbrauch betreiben“, sagte Thomas Ge-

bauer in seinem Eröffnungsreferat: höchste Zeit der Doppelmoral und Heuchelei in der Politik der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft entgegenzutreten.

In den folgenden mitunter lebhaften Debatten ging es etwa um die Frage „zivil-militärischer Zusammenarbeit“. Der Politikwissenschaftler Jochen Hippler bemerkte, dass ihm bislang noch kein Verantwortlicher erklären konnte, was mit „Vernetzter Sicherheit“ gemeint ist. Die beiden Professoren Werner Ruf und Herbert Wulf debattierten darüber, ob und unter welchen Umständen es eine Legitimation für Interventionen zum Schutz von Menschenrechten geben könne. Und in der abendlichen Talkrunde machten An-



drea Böhm (Die Zeit), Stephan Hebel (Frankfurter Rundschau) und Citha Maaß (Stiftung Wissenschaft und Politik) aufschlussreich deutlich, wie Politiker und Medien den Afghanistankrieg präsentieren – bzw. kaschieren. In parallelen Arbeitsgruppen ging es zudem um Fragen der Durchsetzung von Frauenrechten, die Möglichkeiten ziviler Konfliktlösung und den Aufbau einer eigenständigen Ökonomie jenseits der heute alles dominierenden Drogenwirtschaft. Dabei wurde nicht nur deutlich, wie komplex die Situation ist, sondern auch, dass mit pauschalen Antworten der Weg aus dem Krieg nicht gelingen wird. 2011 ist ein entscheidendes Jahr. Seit Januar hat Deutschland den Vorsitz in der UN-Kontaktgruppe Afghanistan und wird im Dezember in Bonn die Petersberg II Konferenz ausrichten. Angesichts der gewachsenen Bedeutung Deutschlands bedarf es mehr denn je einer kritischen Öffentlichkeit. ■

Frank van Ooyen

Simple Forderung mit großer Wirkung

Aktuelle Kampagne „Steuer gegen Armut“

Kann es sein, dass die globale Finanzwirtschaft eine weltweite Krise verursacht, aber keinen Beitrag zur Bewältigung der Krisenfolgen erbringt? Das wollen wir ändern! Die Finanztransaktionssteuer (FTS) ist eine niedrige Steuer auf alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen. Ein minimaler Abzug von nur 0,05% auf alle Finanzgewinne kann jährlich mehrere Hundert Milliarden Euro einbringen. Die Kampagne fordert, die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für die Bekämpfung weltweiter Armut und gegen die Folgen des Klimawandels einzusetzen. Ein weiteres Ergebnis: Die Finanzspekulation und die Derivatgeschäfte würden eingedämmt, das Geschehen an den Finanzmärkten entschleunigt und stabilisiert. Das EU-Parlament hat sich gerade für die Einführung der FTS ausgesprochen. Ein wichtiger Schritt, dessen Umsetzung aber massiven öffentlichen Drucks bedarf. Damit es eine wirkliche Steuer der Umverteilung werden kann, braucht es auch Ihren Einsatz. Stimmen Sie ab unter: www.medico.de

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen Ausnahmen) zur Verfügung stellt.

Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundscreiben, die medico-

Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam! Vielleicht können Sie einige Exemplare in Ihrem liebsten kommunalen Kino auslegen lassen, im besten Café ihrer Stadt, im Dorfgasthof, beim Hausarzt ihres Vertrauens, im lokalen Weltladen, in der Geschäftsstelle der Gewerkschaft oder an anderen Orten, wo Sie Menschen vermuten, die an medico, unseren Projekten und Themen interessiert sein könnten! Machen Sie die Gäste Ihrer Ge-



NEU medico-Kurzvorstellung

(16 Seiten, DIN A6-Heft) Hilfe in der Not ist unumgänglich. Ein politisches Verständnis von Hilfe geht aber darüber hinaus. medico und seine Partner stellen sich in 12 Projektbeispielen vor.



NEU: Stichwort Afghanistan

(16 S. DIN A5-Heft) Arbeitsalltag und Beispiele der medico-Projektarbeit in Afghanistan, verbunden mit einer Kurzvorstellung von medico und seinem Gesundheitsverständnis.



medico-Jahresbericht 2009

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung

(24 S.) Positionspapier von Pro Asyl und medico international zu Ursachen von Migration und Flucht, Kritik an der EU-Migrationspolitik sowie Forderungen für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik.



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit (Plakat, DIN A1)

medico-Plakate für Gesundheitszentren, Arztpraxen oder andere öffentliche wie private Orte. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle.

Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen.
Spendenstichwort: Gesundheit.

Ich bestelle:

Anzahl:

- _____ medico-Kurzvorstellung
- _____ medico-Jahresbericht 2009
- _____ Broschüre: stiftung medico international
- _____ medico-Stichwort: Afghanistan
- _____ Broschüre: Migration und Flüchtlingsschutz
- _____ medico-Praxis-Plakat DIN A1: Sri Lanka
- _____ medico-Praxis-Plakat DIN A1: Afghanistan
- _____ medico-Praxis-Plakat DIN A1: Simbabwe
- _____ medico-Report 27 / 12 €
- _____ Plakat DIN A1 WHY?
- _____ medico rundschreiben 03 | 10
- _____ medico rundschreiben 04 | 10

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Meine Spendernummer: _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versand) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden an:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:
(069) 43 60 02

burtsstagsfeier, Ihre Vereinsfreunde, die Mitstreiter in Ihrer Bürgerinitiative auf medico aufmerksam! Über Ihre Unterstützung freuen wir uns sehr und danken bereits vorab für Ihre Mühe!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: unter www.medico.de finden Sie über „Kontakt Service Presse/ Publikationen und Material“ alle Publikationen allgemeiner Art, weitere Informationen zur Stiftung medico, alles zum Thema Gesundheit (etwa die Gesundheitscharta der Menschen), einzelne Projektinformationen (z.B. zur Arbeit in Israel/Palästina, in Haiti, Pakistan oder Afghanistan), Kampagnenmaterialien (u.a. zur Landminenkampagne) und nicht zuletzt ausführliche und detailliertere Informationen in den medico-Reports!

Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.



medico-report 27 Patienten, Patente und Profite

(152 S.) Internationale Experten präsentieren innovative Ideen für eine alternative Medikamentenpolitik, die den Zugang zu einer elementaren Versorgung sichert. 12 €.



WHY? – Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas (Plakat, DIN A1)

Das Plakat WHY? können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, versenden wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns

über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Migration.**

Spendeninformation

Adressänderung:

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende:

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft:

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt

bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

stiftung medico international:

Wenn Sie darüber nachdenken, statt einer Spende, die unmittelbar in die Projektförderung fließt, eine Einlage deren Wirkung auf Dauer angelegt ist, in die stiftung medico international machen zu wollen, dann senden wir Ihnen gerne weitere Informationen. Sie können sich auch direkt an Frau Gudrun Kortas wenden: Tel. (069) 9443 8 - 28 oder E-Mail: kortas@medico.de

impresum



Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 43 60 02

Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp

Korrekturat: Marek Arlt
Gestaltung: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf Reprint-Papier gedruckt, das zu 80% aus Recyclingpapier und zu 20% aus Primärfaser aus nachhaltiger Forstwirtschaft besteht.

symposium
stiftung
medico
international
2011

DIE RÜCKEROBERUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

Freitag, **13. Mai 2011** • Bürgerhaus Saalbau Gutleut
Rottweiler Str. 32 • 60327 Frankfurt

Auch in diesem Jahr lädt die stiftung medico Freundinnen und Freunde medicos zum Symposium in den Frankfurter Saalbau Gutleut. Nicht der letzte Grund dafür sind die Ereignisse auf dem Kairoer Tahir-Platz und in anderen arabischen Metropolen, in denen Bürgerinnen und Bürger sich den öffentlichen Raum auch handgreiflich zurückerobert haben. Zur Renaissance von Öffentlichkeit kommt es aber nicht nur im Widerstand gegen autoritäre Regime. Sie wird vielmehr überall dort zum dringlichsten politischen Problem, wo der Bürgerwille wie das Gemeinwesen missachtet werden. Deshalb ist auch in Stuttgart auf Transparenten zu lesen: „Ihr werdet uns nicht mehr los, wir Euch schon.“ Dabei gehören der Bürgerwille der Einzelnen wie das Gemeinwohl aller auch und gerade deshalb untrennbar zusammen, weil ihr Zusammenhang ein in sich problematischer ist. Vor diesem Hintergrund diskutiert das medico-Stiftungssymposium den Charakter politischer Öffentlichkeiten und demokratischer Teilhabe, die Möglichkeiten der Herausbildung transnationaler Öffentlichkeiten, die Erfahrungen globaler Netzwerke und Kampagnen sowie die unverzichtbare Bedeutung praktischer Gegenentwürfe in der Kritik des endlich brüchig werdenden anti-utopischen Konsenses der letzten Jahrzehnte.

Die Namen der Referentinnen und Referenten sowie nähere Informationen zu Zeit und Ablauf finden Sie demnächst auf www.medico.de

EINFÜHRUNG IN DIE APOKALYPSE

Katastrophe im Kino: Der erste „Godzilla“-Film wurde 1954 gedreht, neun Jahre nach Hiroshima. Die Idee zu einer Riesenechse aus dem Meer, die erst durch nukleare Energie geweckt wird, entstand nachdem ein japanisches Fischerboot mit dem Namen „Glücklicher Drache“ durch einen US-amerikanischen Kernwaffentest radioaktiv verseucht wurde.

Unseren Eltern machte die Zivilisation das Angebot von Häusern am Stadtrand, Computern und Autos. Und die Zivilisation lieferte sie. Den Kindern dieser Arbeiter versprach die Zivilisation Leben auf dem Mond, künstliche Intelligenz und endlosen Frieden. All dies ist fehlgeschlagen. Während unsere Eltern noch immer verzweifelt glauben, dass sie die Hypotheken eines Tages zurückzahlen werden und glücklich in Rente gehen können, ist ihren verlorenen Kindern klar, dass dies eine Lüge ist. Die Welt bietet uns nichts an: Keine Jobs, keine Rast, keine Zukunft – nur Angst. Immer und immer wieder werden wir nicht nur mit den Bildern unseres eigenen Todes, sondern mit Bildern der totalen Zerstörung konditioniert wie die Ratten. Vom Einsturz des World Trade Centers zur Invasion von Außerirdischen, vom Gespenst des Atomkriegs zu Löchern in der Ozonschicht – und nun von schmelzenden Gletschern – schlagen diese Bilder ihre Wurzeln in unser Sein selbst. Sie sind nicht mehr als moderne Projektionen einer tief sitzenden Phantasie aller Religionen: Der Apokalypse.

Die Apokalypse ist vor allem die Beziehung, die wir zu unserer Zeit haben. Die Apokalypse ist immer ein singuläres Ereignis in der Zukunft, so dass wir trotz einer Stimmung des bevorstehenden Untergangs eine seltsame Erleichterung darüber empfinden, dass die Dinge exakt so weiter laufen können wie bisher, vielleicht auf unbestimmte Zeit. Aber was, wenn die Apokalypse nicht das Ende der Zeit, sondern die Zeit des Endes ist? Was, wenn die Zeit des Endes das Hier und Jetzt ist? Die Apokalypse liegt nicht in der Zukunft, sie findet statt im gegenwärtigen Moment.



medico international

